

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 37.

Sonnabend, den 10. September 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Neue Lehren im Gewerkschaftskampf. I. — Die Todesfahrt der Granitwerke Steinerne Renne in Hasserode. — Aus einem dunkeln Winkel. — Die moderne Arbeiterbewegung und ihre Gegner. — Die deutschen Getreidezölle. II. (Schluß.) — Etwas vom Recht. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Dittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1909. II. — Wirtschaftliche Rundschau. — Ausreden. I. — Feuilleton: Die deutsche Marmorindustrie.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Weber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Lütchenbach: Süddeutsche Granitwerke. — Mittweida: Fa. Peterschük. — Heidelberg: Firma Weber. — Regenborn: Firma Wiegand.

Dresden-Pirna. Der Streik dauert fort, die Unternehmer im Posteaer Gebiet machten nur ganz minimale Zugeständnisse. (Näheres siehe im Bericht.)

Berlin. Der Streik der Marmorarbeiter ist noch nicht erledigt; mehrere Kollegen konnten zu den neuen Bedingungen in Arbeit treten. (Siehe Bericht.)

Zwingenberg. Die Einigungsverhandlungen vor dem Bürgermeisteramt sind gescheitert; der Streik wird unverändert weitergeführt. Etwas im Odenwald um Arbeit nachsuchende Pflastersteinarbeiter mögen sich an die betreffenden Zahlstellen des Bezirks wenden.

Kupferdreh. Bei der Firma L'hoest sind wegen Lohn-differenzen 26 Kollegen in den Streik getreten.

Unterfränkisches und badiisches Müschelstaltgebiet. Differenzen sind im Gebiet an der Tagesordnung, insbesondere erlauben sich die Kleinmeister den Kollegen gegenüber alles. Tarifverhandlungen sollen in den nächsten Tagen stattfinden. Solange keine Einigung erzielt ist, muß jeder Zugang nach hier unterbleiben.

Oesterreich. Nach folgenden Orten ist Zugang zu vermeiden: Saubsdorf, Nidasdorf, Zudmantel und Groß-Kunzendorf.

Schweiz. Basel. Die Firma Uhlmann ist gesperrt. — St. Margarethen. Die Unternehmer haben die Forderungen bewilligt; der Streik ist aufgehoben.

Neue Lehren im Gewerkschaftskampf.

I.

Ist es schon an sich notwendig, die Technik und Methodik des Gewerkschaftskampfes von Zeit zu Zeit schärfer ins Auge zu fassen, so sollte man jetzt, nachdem wir in diesem Jahre drei große Tarifbewegungen erlebt haben, dies ganz besonders tun. Die drei Bewegungen, von denen wir reden, sind die im Maler-, Holz- und Baugewerbe. Nur die letzte von ihnen hat zu einem offenen Kampfe geführt; sie bietet darum auch für unsern Zweck die größte Ausbeute.

Zunächst möchten wir den Blick auf die Notwendigkeit einer größeren und sorgfältigeren Pflege der Publizität lenken. Es stellt sich besonders bei den modernen Bewegungen auf zentraler Grundlage wie überhaupt bei den Massenbewegungen immer mehr heraus, welche großes Gewicht einer guten Bearbeitung der öffentlichen Meinung beizumessen ist. Die Haltung der an den Kämpfen nicht direkt beteiligten Kreise ist für unsere Kämpfe nicht bedeutungslos. Die öffentliche Meinung spielt eine große Rolle, sie beeinflusst den Gang der Kämpfe oft sogar recht stark, ohne daß es den kämpfenden Parteien selbst zum Bewußtsein kommt. Ja, bis zu einem gewissen Grade können sich selbst die Behörden der Beeinflussung durch sie nicht erwehren; die öffentliche Meinung färbt auf sie ab, und unwillkürlich sehen sie schließlich die Kämpfe mit denselben Augen, wie die große Öffentlichkeit. Nun soll gewiß nicht behauptet werden, daß die öffentliche Meinung einen sonst schlechten Stand des Kampfes in einen guten verwandeln könnte, so weit geht ihre Macht nicht; aber sie kann einem schon wankenden Gegner den Rest geben, kann den Sieger verhindern, seinen Erfolg mit äußerster Schärfe auszunützen, kann Unsicherheit auf der einen und größere Zuversicht auf der andern Seite aufkommen helfen, mit einem Worte: sie ist ein Faktor von den vielen, die den Ausgang eines Kampfes bestimmen.

In der Zeit der Riesenkämpfe beschäftigt sich die breite Öffentlichkeit ganz naturgemäß weit mehr mit den sozialen Konflikten als früher, wo die lokalisierten Kämpfe nicht über die Grenze ihres Ursprungsortes hinaus wirkten. Die Stellungnahme zu den Konflikten wird dadurch allgemeiner, ausgeprägter, energischer. Dadurch muß auch ihre Wirkung zunehmen, die sich zudem auch schon insofern steigern muß, als die Berührungspunkte der

Interessen der Kämpfenden mit denen der unberührten Schichten zunehmen. Aus all diesen Gründen erscheint es geboten, künftig auf eine rege und sachdienliche Vertretung des Arbeiterstandpunktes auch vor jenen Kreisen zu halten, die unsern Kämpfen sonst fernstehen. Bei dem Bauarbeiterkampfe konnte man deutlich beobachten, wie die Ueberlegenheit der Arbeiter in der Beeinflussung der Öffentlichkeit zu ihren Gunsten wirkte. Mit ihrer Denkschrift, einer sachlichen und doch wirkungsvollen Darstellung der Streitgegenstände, machten sie Eroberungen, die ihnen die folgenden verzweifeltsten Anstrengungen der Unternehmer nicht wieder entreißen konnten. Bei der gegenwärtigen Bewegung der Werftarbeiter sehen wir die Wirkung einer sorgfältigen Beeinflussung der Öffentlichkeit leider zugunsten der Werftbesitzer ausschlagen. Diese haben schon seit einigen Jahren eine besondere Zeitungskorrespondenz, die „Hamburger Beiträge“, herausgegeben, an deren Benutzung sich sehr viele Zeitungen gewöhnt haben. Jetzt benutzen die Werftbesitzer diese Korrespondenz zu einer kräftigen Stimmungsmache, und so liest man weit im Lande nur Nachrichten über diesen Kampf, die die Haltung der Kapitalisten verteidigen und die kämpfenden Arbeiter verurteilen. Die Gewerkschaften sollten tatsächlich dieser wahrlich nicht nebensächlichen Aufgabe mehr Interesse widmen.

Eine andere Erscheinung, auf die man aufmerksam machen muß, ist die, daß die meisten der großen Bewegungen in zunehmendem Maße nicht mehr durch Vereinbarungen zwischen den Parteien, sondern durch Schiedsprüche Unparteiischer formell entschieden werden. Immer öfter müssen die Unparteiischen in Funktion treten und den Boden ebnen, auf dem sich die kämpfenden Parteien wieder zusammenfinden können. Die Erklärung für diese Erscheinung liegt ziemlich nahe. Bei den großen Kämpfen fühlt eben jede Partei die Wucht der Entscheidung und sträubt sich mit aller Macht gegen jedes Zugeständnis. In dem vorausgegangenen Kampfe hat man sich überdies so sehr erbittert, daß es psychologisch ganz erklärlich ist, wenn keine der Parteien nachgeben will. Denn jede Nachgiebigkeit kann vom Gegner als Eingeständnis der Schwäche ausgelegt werden, und sie muß es um so mehr, mit je mehr Festigkeit vorher jede Partei ihren Standpunkt vertreten hat. Das Umsichgreifen des Einigungsverfahrens hat Folgen, die uns durchaus nicht angenehm sein können. Es wird dabei so gut wie ausgeschlossen sein, daß jemals sämtliche Wünsche einer Partei erfüllt werden, und wir werden darum bei den großen Bewegungen immer vor Ergebnissen stehen, die uns durchaus nicht befriedigen. Sie werden wir sagen können: unsere Forderungen sind erfüllt worden, sondern stets werden wir uns mit einem Teilerfolg zufrieden geben müssen.

Angenehm ist das nicht. Aber man wird auch vergeblich nach einem Auswege suchen. Das Einigungsverfahren und die bei ihm zustande gekommenen Vergleiche oder gefällten Schiedsprüche können nach ihrem ganzen Wesen niemals eine Partei restlos befriedigen. Jeder Einigungsvorschlag, wie jeder Schiedspruch hat nur dann Aussicht, zu dem erstrebten Ziele, dem Frieden zu führen, wenn er so beschaffen ist, daß ihn beide Parteien der Fortsetzung des Kampfes vorziehen können. Er wird also immer nur teilweise den Wünschen der Parteien entsprechen. Dieser Erkenntnis darf sich die Arbeiterschaft nicht verschließen, dies muß sie sich zu eigen machen, wenn sie bei den künftigen Entscheidungen sachdienlich handeln will. Aber es wäre nun doch ein Irrtum, wollte man aus dieser Sachlage folgern, bei allen Schiedsprüchen müßte so etwa eine Halbierung der Forderungen stattfinden, so daß der Ausgang einer Bewegung, sobald sie sich vor der Einigungsinstanz befindet, schon so gut wie bestimmt sei. Ein solcher Schematismus ist schon an sich nicht denkbar, die Situationen in den Kämpfen sind viel zu mannigfaltig, um eine solche Behandlung zuzulassen. Nein, auch Schiedsprüche und Einigungsvorschläge müssen auf den jeweils vorliegenden Machtverhältnissen fußen. Kein Schiedsgericht kann einer Gewerkschaft, die auf ihrem Gegner ruht, zumuten, mit einem lächerlichen Zugeständnis zufrieden zu sein, und ebensowenig kann es einer Gewerkschaft, die sich unter dem übermächtigen Angriff eines starken Gegners so gut wie verblutet hat, große Vorteile zusprechen. In diesen Fällen würde der Gegner die Vorschläge ablehnen und weiterkämpfen, bis der Boden für einen Abschluß geschaffen wäre, der den wirklichen Machtverhältnisse Rechnung trüge. Also, die Kraft der Organisationen wird auch bei der Tätigkeit von Unparteiischen oder Einigungsämtern der Faktor sein, der den endgültigen Ausgang, wenigstens in seinen äußeren Umrissen, bestimmt. Je mehr Macht wir dem Gegner entgegenzuwerfen haben, je sorgfältiger unsere Taktik die Vorteile wahrnimmt, je besser alle die Momente sind, die immer den Ausgang bestimmen, um so günstiger muß der Ausgang auch im Einigungsverfahren für uns sein.

Im Anschluß an diese Bemerkungen mögen einige Worte darüber gesagt werden, welche Ausichten für die Bewegung der Löhne unter der durch die Massenkämpfe geschaffenen Situation bestehen. Der Ausgang der Bewegung im Baugewerbe hat bekanntlich gezeigt, daß die

für die Großstädte erzielte Lohnsteigerung vielfach als ungenügend empfunden wurde; diese haben nämlich auch nur wie die Klein- und Mittelstädte eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde erhalten. Nun will es uns zwar scheinen, daß bei dem Einigungsweisen eine solche schematische Behandlung aller Orte, wie sie das Schiedsgericht im Baugewerbe beliebte, nicht notwendig stattfinden muß. Man kann sehr wohl auch bei solchen generellen Schiedsprüchen Abstufungen nach Ortsgrößenklassen oder unter Berücksichtigung der besonderen Teuerungsvhältnisse vornehmen. Aber unbeschadet dessen sollten wir uns mit der Wahrscheinlichkeit vertraut machen, daß sich das Tempo für die Aufwärtsbewegung der großstädtischen Arbeitslöhne allmählig verlangsamte. Betrügen wir uns nicht selbst: wir haben in den letzten zwölf bis fünfzehn Jahren die Löhne in manchen Großstädten um 30 bis 50 Prozent steigern können; sollten wir in den nächsten Jahren dies Tempo aufrecht erhalten können? Werden wir uns ruhig darüber klar, daß dies ziemlich unwahrscheinlich ist, wir ersparen uns dann manche Enttäuschung.

Die Todesfahrt der Granitwerke Steinerne Renne in Hasserode.

„Man laßt darüber, aber es ist leider nicht zum lachen.“ Diese Worte richtete am 28. Juli der derzeitige Leiter des genannten Werkes, Herr Norden, an die Vertreter der Arbeiter gelegentlich einer Verhandlung wegen der Verhältnisse auf dem Werke. Herr Norden hatte nämlich den Arbeitern bekannt gemacht, daß die Besitzer des Werkes vor die Alternative gestellt seien, den Betrieb einzustellen, wenn die Arbeiter nicht um etwa 25 Prozent billiger zu arbeiten gewillt seien, was von den Arbeitern selbstverständlich abgelehnt wurde, und zwar mit der Begründung, daß die Unrentabilität des Werkes nicht auf die Löhne, sondern vor allen Dingen auf die veraltete Anlage der Brüche und andere Umstände zurückzuführen sei. Wegen unserer Begründung tat Herr Norden obigen Auspruch. Wir wollen bemerken, daß auch die Arbeiter manchmal gelacht haben, wenn sie mit ansehen mußten, wie seit Jahren fortgesetzt in dem mit allen technischen Errungenschaften ausgestatteten Werke verfahren wurde, wie jene verfahren, die, wenn sie ein Pferd anschnitten, beim Schwanz anfangen. An die Schalkstretche des Gullenspiegel wird man erinnert, wenn man einen Rundgang durch das Werk macht und sich die Entwicklung desselben vergegenwärtigt. Wir wollen kurz versuchen, diese Entwicklung zu schildern, und auf die Grundübel hinweisen, die die derzeitige Lage des Werkes herbeigeführt haben, wodurch etwa 200 Arbeiter entlassen wurden. Vor zirka 10 Jahren gegründet, legte man sich anfangs nur auf die Produktion von gestockten Bauarbeiten und Pflastersteinen. Bald entbedte man, daß der Betrieb krankte und jährliche Zuschüsse notwendig seien. Damals glaubte man wohl, dieser Uebelstand sei innerhalb der Leitung zu suchen, und insolge dessen wurde daselbst sehr viel Wechsel vorgenommen. Im Jahre 1902 glaubte man endlich in der Person des Herrn Moritz Klein denjenigen gefunden zu haben, der dem lahmen Koloß auf die Beine helfen sollte. Granitschleiferei und Sägerei wurden errichtet und Erweiterungen in jeder Beziehung vorgenommen. Klein wollte dem lebhafteren deutschen Material im Gegensatz zu dem toten schwedischen eine hervorragendere Stellung verschaffen, und dazu schien ihm das Harzer Material geeignet, aber seine Absicht scheiterte wieder an seinem Grundsatz: Kleiner Um- und großer Nutzen. Zu jener Zeit schon wurde arbeitserleichter gelegentlich vorgekommener Lohnstreitigkeiten auf das Grundübel hingewiesen, welches eine Vorwärtsentwicklung des Werks zur Unmöglichkeit machte, und im „Steinarbeiter“ standen die Worte: erst legte man Transportanlagen an, die Unsummen kosteten, dann suchte man nach Brüchen. Aber es wurde weiterkuriert, indem man dem vollständig lahmen Ungetüm durch Anlegung von zentnerschweren Krücken Bewegungsmöglichkeit verschaffen wollte. Eine Marmorlagerschleiferei wurde dem Betrieb angegliedert, um, wie es im Geschäftsbericht für das Jahr 1905 heißt, der in mehr als einer Beziehung interessant ist, „unsere Gesellschaft auf eine breitere Basis zu stellen“. Der Marmorbetrieb wurde so gut angelegt, daß die allgemeinen Kosten für die Granitprodukte noch um ein wesentliches verteuert wurden. Ebenso wurden nicht, wie es in demselben Bericht heißt, durch die Anschaffung von Kränen weitere Ersparnisse erzielt, sondern die Anlagen sind so unpraktisch geschaffen, daß sie absolut nicht zur Erzielung von Ersparnissen beitragen. Schon damals sah man ein, daß die Bruchanlagen im Sandtal lange nicht die Erwartungen erzielten, die man erhofft hatte, aber trotzdem huddelte man ein Jahrzehnt lang in Sandtal an der Oberfläche herum, machte ein Loch auf und schüttete mit dem Braum gelegentlich ein anderes, früher aufgemachtes wieder zu. Hätte man den ersten besten Harzer Steinhauer einmal um Rat gefragt, wie man dort einen Bruch günstig anlegen könnte, er hätte sicher mit dem zehnten Teile der Gelder, die dort begraben sind, die Anlage um Riesen Schritte vorwärts gebracht. Also die ungeheuren Trans-

portantagen waren vorhanden, einen Bruch anzulegen, verstand man nicht, man nahm die Steine da weg, wo sie sichtbar billiger waren und transportierte sie mit Fuhrwerk nach dem Werkplatz.

Aehnlich wurde bei der Errichtung des Marmorbetriebes vorgegangen. Hierbei ging man von der Absicht aus, sich gewisse Marmorpezialitäten zu sichern. Aber man fing dieses wieder verkehrt an. „Ohne bisher größere Propaganda für den Marmorbetrieb gemacht zu haben, hatten wir schon bei Beginn Aufträge in genügendem Umfange in Händen“, so heißt es wieder im Bericht für 1905, und weiter wird darauf hingewiesen, daß die beiden an der Bahn gepachteten Marmorbrüche sich „anscheinend gut“ anschließen. Dort sollten jedenfalls die Spezialitäten gewonnen werden. Wie verkehrt die Kalkulation war, geht daraus hervor, daß in den letzten Jahren überhaupt keine nennenswerten Aufträge an Marmor eingingen. Tausende von Quadratmetern an Marmor stehen auf Lager, Unsummen an Unkosten usw. verschlingend.

Neben diesen Grundübeln wirkten noch eine ganze Reihe anderer Umstände auf die Beschleunigung des Niederganges, so auch die unglückliche Anlage des Werkplatzes, die sich beim Verladen usw. ganz besonders bemerkbar machte. Die seitherigen Leiter haben diesen Mangeln sehr wenig praktisches Verständnis entgegengebracht, was am besten aus folgendem zu ersehen ist. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sehr viel Rohmaterial von den Brüchen mit der Achse nach dem Werke transportiert wurde. Das Fuhrwerk kam bis zum Tor, dann wurden die Blöcke abgeladen, um wieder auf Wagen der Betriebsbahn gebracht zu werden, die sie dann an den Kran brachten. Dabei ist die Möglichkeit, mit der Achse auf den Platz zu kommen, vorhanden. Mit welchen Unkosten eine derartige umständliche Wirtschaft verbunden ist, braucht nicht erst lange vorgerechnet zu werden. Seit Bestehen des Werkes kommt das Rohmaterial, so wie es gespalten ist, also unbesetzt, auf den Werkplatz, das, was in den Schutt fällt, kostet Unsummen. Bei dem im vorigen Jahre hergestellten Kaiserdenkmal nach Graudenz, einem Auftrag von wenigen Kubikmetern, wurden auf diese Weise nach den Berechnungen der Steinmehlen etwa 1500 Mark in den Schutt gebracht. Die Abfälle aus der einen Steinmehle wurden jahrelang sozusagen auf dem Werkplatz spazieren gefahren, während dicht neben der Bude Platz zum Unterbringen von verschiedenen hundert Kubikmetern Abraum vorhanden ist. Erst im letzten Herbst sah man endlich ein, daß die nörgelnden Steinmehlen auch etwas praktisches Verständnis hatten. Die größte Steinmehle wurde in drei Jahren zweimal verlegt und jedesmal an eine Stelle, von wo aus das Auf- und Abnehmen, Verladen oder das Hinbringen von Werkstücken auf den Lagerplatz möglichst viel Geld kostete. Verschiedene Pflastersteinspaltmaschinen waren im Betrieb; das Material wurde von den Spaltern sofort in Wagen der Betriebsbahn gebracht, um sodann von den Platzarbeitern unter großen Kosten spazieren gefahren zu werden, und zwar den Berg hinauf. Stellte sich ein etwas praktisch veranlagter Mensch in die Nähe der Spaltmaschinen auf und überließ das Terrain, so drängte sich derselben von selbst ein Plan zur bedeutenden Verbilligung des Transportes auf, durch den mancher blaue Lappen erspart hätte werden können. Und so noch vieles. Wäre der erste gute Wille vorhanden gewesen, das Werk auf eine gesunde Grundlage zu bringen, so wären auch gangbare Wege zu finden gewesen. Die Besitzer des Werkes hätten an eine Einstellung nicht gedacht, wenn irgendwelche Merkmale zur allmählichen Gesundung des Werkes zu verzeichnen gewesen wären; diese Möglichkeit war gegeben, daß sie nicht ausgenutzt wurde, ist Schuld der ganzen Leitungen, von denen keine einzige freisprechen ist. Seit Jahren versuchte man durch Lohnreduzierungen den Untergang aufzuhalten, die Arbeiter sträubten sich immer dagegen, da sie nur zu gut wußten, wo die Grundübel des Niederganges zu suchen waren. Wie eingangs erwähnt, suchte man auch jetzt noch, mit Hilfe einer 25prozentigen Lohnreduzierung den Untergang zu verschieben. Nachdem im Laufe des Frühjahr und Sommers ein überaus flotter Geschäftsgang herrschte, (die modernen Denkmäler gingen wir warme Semmeln), alles in Automobilgeschwindigkeit fertiggestellt worden war, wurde nun mit einem Schlag der Betrieb eingestellt, nachdem Herr Norden erst 14 Tage vorher den Arbeitern erklärt hatte, nur der Marmorbetrieb würde eingestellt und die Brüche eingeschränkt. Ob es Herr Norden besser wußte, wissen wir nicht. Wundern tut uns nur, daß sich die ganzen Vorgänge jetzt ereignen, wo alle Anzeichen vorhanden sind, daß die Harzer Steinindustrie einer besseren Zukunft entgegengehen könnte.

Insgesamt hat in den zehn Jahren seines Bestehens das Werk mit über einer Million Defizit gearbeitet. Die Aktionäre sind allerdings meist schwerreiche Leute, aber sie tragen diesen Verlust ebenfalls nur ungern. — Noch eins sei erwähnt: Der Beamtenstab im Werke war viel zu groß. Man stolperte sozusagen über die Beamten, soviel waren vorhanden. Und das praktische Element kam nicht zum Wort. Das hätten ja auch die Herren Direktoren nicht zugeben dürfen, sie hätten sonst an ihrer geheiligten — Autorität eingebüßt. Und manch guter Vorschlag, der gemacht wurde, um das Werk rentabler zu gestalten zu können, fiel unter den Tisch, wie konnte sich so ein „fachmännischer“ Herr Direktor gute Ratschläge erteilen lassen. — Ohne Ueberhebung sagen wir, hätte man den nächstbesten Steinarbeiter des Harzes auf den Direktorsessel placiert, das Werk würde heute sicherlich rentabel sein. h. b.

Aus einem dunkeln Winkel.

Es sind nunmehr annähernd drei Jahre her, seitdem unser Verband im Streinbruchgebiet des Kreises Meißel festen Fuß faßte. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieses Gebiets sind wohl die schlechtesten in ganz Deutschland und äußerst verbesserungsbedürftig; insbesondere ist es die allgemein übliche Willkür, die unsern Kollegen das Leben zur Hölle macht.

An Aufträgen mangelt es hier nie, da als Abgabebiet das oberste Industriegebiet in Frage kommt, ein Gebiet, das in ständiger Aufwärtsbewegung begriffen ist und wo ungemein viel gebaut wird.

Um nun die Willkürherrschaft einzudämmen, legten die Kollegen in Arnsdorf im Frühjahr ihrem Unternehmer einen Tarif vor, der auch mit einigen Aenderungen von dem Unternehmer Jakobowitz angenommen wurde. Der Unternehmer

errierte dabei, daß er ein konsequenter Mann sei und nur das Bewillige, was er auch halten könne. Der Tarif trat am 15. Mai in Kraft und sollte ein Jahr Gültigkeit haben.

Die Arnsdorfer Kollegen brachten es nicht zur Einreichung des Tarifs, da einige Kollegen, darunter auch der frühere Kassierer der Zahlstelle, dem Unternehmer hintertrübs die Beschlüsse der Kommission mitteilten und diesen dadurch in die Lage versetzten, die Lohnbewegung mit Maßregelungen zu parieren.

Das Mißlingen der Lohnbewegung und der Zusammenbruch der Arnsdorfer hieß für die Arnsdorfer Kollegen nicht ohne nachteilige Folgen. Der Unternehmer Jakobowitz, mit welchem wir den Tarifvertrag abgeschlossen hatten, erklärte nun, er könne die Sätze des Tarifs, die nach seiner früheren Meinung nicht zu hoch waren, nicht mehr bezahlen, die Kollegen sollten billiger arbeiten. Als nun unsere Kollegen nicht darauf eingingen und auf Einhaltung des Tarifs drangen, kündigte ihnen Jakobowitz und erklärte, er stelle sie nur dann wieder ein, wenn sie billiger arbeiteten und aus dem Steinarbeiterverband austräten. Außerdem machte Jakobowitz unsern Kollegen noch den Vorschlag, einen lokalen Verein zu gründen, in die Kasse des Vereins wolle er selbst etwas hinzuzahlen und am Jahresschluß, zu Weihnachten, sollte dann jeder Arbeiter aus dieser Kasse, die vom Ortskollegen verwaltet werden sollte, eine Unterstützung erhalten. Also ein gelbes Vereinchen.

Es blieb uns nun weiter nichts übrig, als den Kampf um unsere Existenz aufzunehmen. Der Unternehmer Jakobowitz aber beging durch seine Handlung einen Vertragsbruch. Der Steinarbeiterverband wird ihm seine Handlungsweise nicht so leicht durchgehen lassen.

Die moderne Arbeiterbewegung und ihre Gegner.

Die tatkräftig und zielbewußt auftretende Arbeiterbewegung hat zahlreiche Gegner, die sie mit verschiedenen Waffen und Mitteln bekämpfen.

Als die Arbeiterbewegung noch in ihren Anfängen steckte, wurde sie von den Gegnern sehr unterschätzt. Man glaubte allgemein, daß sie eine vorübergehende Erscheinung sein würde oder doch durch bescheidene Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse schnellstens wieder beseitigt werden könnte. Schlimmstenfalls glaubte man durch brutale Gewalt die Arbeiterbewegung im Anfangsstadium ersticken zu können. Alle die schönen Träume und Prophezeiungen, die das baldige Verschwinden der Arbeiterbewegung voraussaßen, sind durch die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus zunichte gemacht worden.

Eine vorübergehende Erscheinung, die von selbst oder durch billiges Entgegenkommen wieder verschwinden würde, konnte die Arbeiterbewegung nicht sein. Dazu liegen die Ursachen zu tief in der kapitalistischen Produktionsweise begründet. Die Lebenshaltung wird teurer, und im Verhältnis zur Verteuerung der Lebenshaltung sinken die Arbeitslöhne. Die einfache Feststellung dieser nackten Tatsache wird den Arbeitern als Rüge und Volksverhöhnung von den Gegnern angedreht, ohne daß durch die bürgerliche Denunziation die Tatsachen aus der Welt geschafft würden. Es ist wohl nicht zu leugnen, daß die Steigerung der Löhne hinter der Steigerung der Lebensmittelpreise zurückbleibt, von einer wirklich zeitgemäßen Verbesserung der Arbeiterverhältnisse also nicht gesprochen werden kann. Es ist weiter auch nicht zu leugnen, daß deshalb die arbeitende Bevölkerung immer mehr gezwungen ist, sich nicht nur mit billigen, schlechten und ungesundeten Wohnungen und Gebrauchsgegenständen, sondern selbst mit billigen, schlechten und ungesundeten Ersatzmitteln für wirkliche Lebensmittel zu begnügen. Soll es da dem Arbeiter schliesslich nicht doch rascher erscheinen, statt nach billigem und ungesundem Wohnraum und Lebensmittelerwerb zu suchen, sich gegen die weitere Verschlechterung seiner Lage zur Wehr zu setzen? Und wenn die Arbeiter endlich einsehen, daß eine durchgreifende Verbesserung ihrer Lage innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch die Tatsachen der kapitalistischen Entwicklung und Ausbeutung vereitelt wird, dann ist es die Selbsterhaltungspflicht, die sie zum Kampf gegen die bestehende Produktionsweise zwingt!

Die bürgerliche Gesellschaft verübelt es der Arbeiterklasse sehr, daß sie es wagt, gegen die Ausbeutung Front zu machen. Denn dadurch werden die Existenzbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft auf das empfindlichste getroffen. Gerade die schlimmsten Feinde der Arbeiter, die Kapitalisten, wenden alles auf, um die gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem gerichtete Arbeiterbewegung zu vernichten. Kapitalisten, Fabrikanten und Grundbesitzer haben weite Kreise der Bevölkerung wirtschaftlich von sich abhängig gemacht, die ihnen nun in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterbewegung zu Hilfe eilen. Alle die abhängigen Bevölkerungskreise werden aber ebenso vom Kapital ausgebeutet wie die Lohnarbeiter, denen sie durch die Ausbeutung immer näher gerückt werden. Sie alle gewinnen ein lebhaftes Interesse daran, die Arbeiter im Kampfe gegen die Ausbeutung zu unterstützen. Daß der weitaus größte Teil des Volkes — Lohnarbeiter und abhängige Mittelschichten — vom Kapital ausgebeutet wird, hat längst wieder einmal ein berufener Vertreter des Kapitalismus, der amerikanische Millionär J. J. Fels, in sehr drastischer Weise ausgedrückt. Er führte in einer Rede aus: „Großkapitalisten und Industriefeldherren sind Räuber, und ihre Millionen sind über erworbenem Gewinn. In einer Zeit wie heute, unter dem gegenwärtigen (kapitalistischen) Wirtschaftssystem, können wir nicht reich werden, wenn wir nicht das Volk berauben. Jeder von uns „selbstgemachten“ Millionären hat es getan. In dessen habe ich angefangen, mein Gewissen zu spüren und ich gebe daran, meinen Raub — ich nenne es, wie es ist — zur Beseitigung des verfluchten Systems zu verwenden, das den Raub möglich gemacht hat. Ich glaube nicht an die Wohltätigkeitsanstalten, es sind Agenten der Volksverarmung.“

Die Behauptung des kämpfenden Proletariats, daß die Wurzel des sozialen Übels und des Klassenkampfes zu tief in heutigen „verfluchten“ Wirtschaftssystem begründet ist, um durch Ausbesserungsbestrebungen, Wohlfahrtsanstalten und ähnlichen ebenso schönen wie billigen Dingen weiter berührt geschweige denn beseitigt zu werden, findet die Bestätigung eines Mannes, der es doch wissen muß. Aber auch die gegen die konfessionelle Gefahr der modernen Arbeiterbewegung gerichteten Neukerungen selbst bürgerlicher Gegner erfahren durch die Ausführungen des amerikanischen Millionärs eine wertvolle Bereicherung. Trefflich haben es die an der Ausbeutung des Volkes interessierten Kreise verstanden, die Masseninstinkte durch konfessionelle Umtriebe auszunutzen und gegen die moderne Arbeiterbewegung auszuspielen. Sie verschleiern die Klassengegenstände, predigen dem arbeitenden Volke Genügsamkeit und Duldsamkeit, um schließlich die betörten Arbeiter in der christlichen Arbeiterbewegung gegen den Befreiungskampf des Klassenbewußten Proletariats auszuspielen. Es ist bemerkenswert und erfreulich, daß sich selbst aus dem bürgerlichen Lager gegen die Zersplitterung der Arbeiterbewegung Stimmen erheben.

Der evangelisch-soziale Kongreß, abgehalten im Mai 1910 in Chemnitz, ist ein Zeichen dafür, daß man die Unfruchtbarkeit des Kampfes gegen die moderne Arbeiterbewegung einzusehen beginnt. Man hat auch eingesehen, daß die immer schärfer hervortretenden Klassengegenstände sich nicht länger vertuschen und verleugnen lassen. Statt nun den gerechten Befreiungskampf der Arbeiter zu unterstützen oder doch wenigstens nicht zu erschweren, suchte man auf dem christlichen Kongreß eifrig nach neuen Mitteln, den Befreiungskampf der Arbeiter unwirksam zu machen. Immerhin wurde manches beherzte Wort gesprochen. Professor Gregor von Leipzig erklärte sogar, daß Christentum und Revolution keine Gegensätze seien. Die christlichen Christen hätten immer auf der Seite der Revolutionäre gestanden. Revolution sei Gottesrecht gegen Menschenunterdrückung. Zur Zeit des Kon-

gresses fanden Gegenversammlungen der Arbeiter statt, die Reserate bekannter Sozialdemokraten mit anschließender Debatte brachten. In den Debatten erklärte Pastor Mensing-Dalle es für einen Skandal, wenn Geistliche versuchen, die Arbeiterbewegung durch Gründung christlicher Arbeitervereine zu zersplittern und zu schädigen. Und Pastor Fuchs-Müsselsheim erklärte, tausendmal lieber der Sozialdemokratie seine Stimme zu geben, als einem arbeiterfeindlichen Kandidaten.

Doch mögen die Gegner der modernen Arbeiterbewegung unternehmen, was sie wollen, mögen sie von einem verfehlten Mittel zum andern greifen, die Entwicklung halten sie nicht auf und die Arbeiterbewegung setzt sich trotz aller Erschwerungen durch. Ihre Bemühungen haben aber den einen Erfolg, daß die organisierten Arbeiter angesichts der bürgerlichen Bestrebungen zu verdoppeltem Eifer angeporrt und den faumseligsten Arbeitern die Augen geöffnet werden. Und je mehr die bürgerlichen Bestrebungen von der Regierung, vom Gerichts-, Militär-, Kirchen- und Schulapparat unterstützt werden, um so mehr wird das Agitationsfeld für das Proletariat ein ausgedehnteres werden. Die Scharen der proletarischen Klassenkämpfer schwellen an, bis der Sieg die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung bringt. ip.

Die deutschen Getreidezölle.

II. (Schluß.)

Die Wirkung der Zölle auf die Finanzen des Reichs ist zum Teil im ersten Artikel schon behandelt. Denn wir haben gesehen, daß neben den Milliarden, an denen allein in den drei Jahren 1907 bis 1909 sich Privatpersonen bereichert haben, noch keine 300 Millionen dem Reich zugeflossen sind. Damit ist diese Frage freilich noch lange nicht erschöpft. Denn erstens ist dies ja nur die Bruttoeinnahme, wovon noch die Kosten der Erhebung, Verwaltung usw. der Zölle abgehen. Sodann kommt in Betracht das famose System der Einfuhrschneide, das wir hier übergehen wollen, weil es schon oft und erst kürzlich wieder in der Parteipresse behandelt worden ist. Nur soviel sei erwähnt, daß nach Brentanos Angabe infolge dieses Systems die Einnahmen für den Roggenzoll vollständig verschwunden sind, während die für Haferzoll eine starke Einbuße erlitten haben. In der Tat hat man berechnet, daß allein in den zwei Jahre 1908 und 1909 infolge der Einfuhrschneide dem Reich rund 42 Millionen Mark entgangen sind. Und Brentano führt es geradezu hierauf zurück, daß für die seit 1902 versprochene Witwen- und Waisenversicherung kein Geld vorhanden ist.

Endlich aber liegt auf der Hand, daß die Milliarden, die das deutsche Volk wegen der Zölle für Getreide mehr ausgeben mußte, beim Konsum anderer Gegenstände gefehlt haben. — Dabei umfaßt Brentanos Berechnung nur drei Getreidearten — Roggen, Weizen, Hafer — die Gesamtsumme ist also noch viel größer!

Und dafür sind andre Gegenstände von der Masse des Volkes weniger konsumiert worden, was gleichbedeutend ist mit einer gewaltigen Minderung der sonstigen Steuer- und Leistungsfähigkeit des Volkes. Könnte man dem bis ins einzelne nachgehen, so ist noch sehr zweifelhaft, ob die Reichskasse nicht statt Vorteil vielmehr direkten Schaden von den Getreidezöllen gehabt hat. Leider findet sich diese Frage bei Brentano nur angedeutet, aber nicht weiter ausgeführt.

Wenden wir uns nun zur dritten Frage, nämlich zur Wirkung der Zölle auf die Landwirtschaft selbst. Hier ist zu unterscheiden: wer ist das „die Landwirtschaft“? Natürlich die Menschen, die von der Landwirtschaft leben. Das sind aber vielerlei Menschen mit sehr verschiedenen Interessen. Da gibt es Besitzer des Grund und Bodens, die mit dessen Bearbeitung gar nichts zu tun haben, sondern nur die Einkünfte beziehen; es gibt selbständige Landwirte, die zum Teil auf eigenem Grund und Boden, zum Teil als Pächter fremden Bodens, die Landwirtschaft betreiben; und bei ihnen macht es wieder einen großen Unterschied, ob sie mit eigenem oder fremdem Kapital arbeiten; und endlich gibt es Landarbeiter. Jede dieser Gruppen hat ihre besonderen Interessen. Beim Zollkampf 1902 war nun einer der Hauptstreitpunkte dieser: die Verteidiger der Zölle behaupteten, wenn die Preise für alle Lebensprodukte steigen und die Einkünfte der Landwirtschaft reichlicher fließen, so würde dies allen von der Landwirtschaft lebenden Personen zugute kommen; die Besitzer würden höhere Renten, die selbständigen Landwirte höhere Profite und die Arbeiter höhere Löhne beziehen. Die Gegner der Zölle sagten demgegenüber, die Zölle würden nur die Rente steigern, also nur den Besitzern zugute kommen, aber gerade dadurch die Not der wirklichen Landwirte, die die Rente aufbringen mußten, noch verschlimmern.

Den Gedanken, um den es sich handelt, hat Brentano sehr klar dargelegt. Er sagt (dem Sinne nach): Die Kosten des Getreidebaues bestehen in allen Ländern aus Verzinsung des Bodenwertes, Kapitalzins, Arbeitslohn und Steuern. Was diese überläßt, ist der Profit des Landwirts, d. h. macht die Rentabilität der Landwirtschaft aus. Solange diese Rentabilität in Deutschland ebenso hoch ist, wie im Getreidebauenden Ausland, ist die deutsche Landwirtschaft konkurrenzfähig. Ist sie es nicht, so muß das daran liegen, daß die Kosten höher sind als im Ausland. Ist die Steuern trifft das nicht zu, denn in allen deutschen Staaten ist die Landwirtschaft geringer mit Steuern belastet als im Auslande. Was den Arbeitslohn angeht, so ist er in Rußland niedriger als bei uns; indes die Leistung des russischen Arbeiters ist so viel geringer als die des Deutschen, daß sich das zum mindesten ausgleicht. In den andern Konkurrenzländern aber, den Vereinigten Staaten und Argentinien, beträgt der Arbeitslohn so viel in Dollars, wie bei uns in Mark, d. h. fast 4 1/2 mal soviel. So betrug z. B. im Jahre 1892 der ländliche Tagelohn in Schleswig-Holstein im Sommer 2,50 Mk. Das ist aber ungewöhnlich hoch, in Ostpreußen betrug er nur 1,50 Mk. In den Vereinigten Staaten dagegen war der Mindestlohn zur selben Zeit 0,93 Dollar = 3,90 Mk. (in Missouri), der Höchstlohn (in Montana) 1,70 Dollar = 7,15 Mk.; und in Argentinien betrug er zwischen 20 und 35 Dollars (84 bis 145 Mk.) pro Monat. In den Arbeitslöhnen kann also der Vorsprung des Auslandes auch nicht liegen. — Auch der Zinsfuß ist in Deutschland erheblich niedriger als im Auslande. Er beträgt bei uns 3 1/2 bis höchstens 6 Proz., in Rußland 8 bis 12 Proz. (bei Personalkredit noch sehr viel mehr, bis 200 Proz.), in Amerika 8 bis 9 Proz.

So bleibt als einziger Unterschied, der den Vorsprung des Auslandes beim Getreidebau begründet, der niedrige Preis des Grund und Bodens. In den Gegenden Rußlands, die Getreide ausführen, kostet der Hektar zwischen 19 und 224 Mk., in Argentinien zwischen 17 und 80 Mk., in den Vereinigten Staaten zwischen 64 und 690 Mk. In Deutschland dagegen kostete zur selben Zeit der Boden selbst da, wo er am billigsten war, das Dreifache bis Hundertfache.

Nun ist der Zweck des Volkes bekanntlich der, den Getreidepreis zu steigern. Gelingt das, so ist damit der Ertrag eines jeden landwirtschaftlichen Betriebes um so größer. Der sogenannte „Wert“ des Bodens ist aber bekanntlich gleich dem Ertrage, den er abwirft, multipliziert mit dem jeweiligen Zinsfuß. Das bedeutet: Wenn z. B. ein Grundstück 10 000 Mk. pro Jahr einbringt und der Zinsfuß auf 5 Proz. steht, so sind 10 000 Mark gleich den Zinsen eines Kapitals von 200 000 Mk. Dann sagt man: Das Grundstück ist 200 000 Mk. „wert“. Und kommt es zum Verkauf, so wird dafür der Preis von 200 000 Mk. verlangt. Wird nun durch einen Zoll der Getreidepreis in die Höhe getrieben, so daß das Gut, ohne einen Palm mehr zu tragen, vielleicht 15 000 Mk. einbringt, so ist der „Wert“ mit einmal auf 300 000 Mk. gestiegen. Der Landwirt, der dann sein Grundeigentum verkauft und sich vom Betriebe zurückzieht, hat dann

freilich ein sehr gutes Geschäft gemacht. Und viele haben das getan! Aber der andre, der es kauft und weiter betreiben will, der hat nun 100 000 Mk. mehr dafür bezahlt. Seine Zinsen und Lasten sind um so viel größer, und bei jeder Schwankung des Getreidepreises, die der Zoll ja nicht verhindern kann, ist er außerstande, die Zinsen herauszumachen. Die Notlage ist also verschlimmert, denn gerade der Teil der Produktionskosten, dessen Höhe die des Auslandes übertrifft, nämlich der Bodenpreis, ist ja durch den Zoll noch gesteigert worden! — Für die kolossale Preissteigerung ländlicher Grund und Bodens infolge der Zölle bringt nun Brentano zahlreiche Beweise bei, und zwar sowohl für die 90er Jahre, als der 3 1/2-Mk.-Zoll voll in Kraft war, als auch für die neueste Zeit. Ein Gut, das 1891 nur 70 000 Mk. kostete, wechselte mehrmals den Besitzer und wurde schließlich 1909 für über 240 000 Mk. verkauft. Ein andres stieg in derselben Zeit von 70 000 auf 330 000 Mk. usw. — Im Juli 1910 veröffentlichte die Statistische Korrespondenz Ziffern über den Besitzwechsel ländlicher Grundstücke in Preußen in der Zeit von 1903 bis 1907, aus denen folgendes hervorgeht: Im Durchschnitt der fünf Jahre haben jährlich 137 964 solcher Grundstücke den Besitzer gewechselt, und zwar sind es von Jahr zu Jahr mehr geworden. Es waren 1903: 122 733, 1904: 131 087, 1905: 141 923, 1906: 145 131, 1907: 148 952, in Summa 689 826. Die durch Todesfall usw. in andre Hände übergegangenen Grundstücke machen nur 22 1/2 Proz. aus, die übrigen 77 1/2 Proz. sind verkauft. In den fünf Jahren ist mehr als der fünfte Teil aller Grundstücke durch Kauf in andre Hände übergegangen. — Wie aber aus der Erhöhung des Ertrages eine Erhöhung der Pacht, also der reinen Rente folgt, das zeigt die Mitteilung der Frankfurter Zeitung vom 9. Juli 1910, wonach bei der Neuverpachtung von Domänen im Kreise Kulm eine Pacht von 12 000 auf 25 100, eine andre von 13 000 auf 20 256 Mark gesteigert wurde. Da erklärt es sich denn, daß der neue Pächter die Lasten nicht erdulden kann und die Not der Landwirtschaft nach wie vor dieselbe bleibt.

Etwas vom Recht.

Es gibt wohl kaum ein Wort, mit dem ein größerer Mißbrauch getrieben wird, als das Wort Recht. Der Begriff des Rechts wird oft in dem Sinne angewendet, als sei er ein unwandelbarer Richtungsmaßstab von ewigem, gleichmäßig gültigem Wert. So fanden wir kürzlich in einem christlichen Gewerkschaftsblatt einen Artikel, in dem folgender Satz vorkam:

Das Recht ist etwas Selbständiges, etwas Unerbittliches, etwas, das sich als solches gar nicht ändern kann. Mag die wirtschaftliche Entwicklung noch so viele neue Formen schaffen, das Recht selbst wird dadurch nicht berührt. Wenn der moderne Kapitalist seine Arbeiter ausbeutet, ihnen einen ungenügenden Lohn zahlt oder sie aus Willkür brutal auf Straßenpflaster wirft, dann ist das eben Unrecht und kein Recht mehr. Um dieses zu verhindern oder zu bestrafen, müssen eben die vorhandenen Rechtsgrundsätze angewandt werden.

Da haben wir in kurzen, knappen Sätzen den Hauptinhalt der durch und durch unwissenschaftlichen Auffassung vom Recht, wie sie aus der ideologischen Gesichtsauffassung hervorgeht. An der Unrichtigkeit dieser Auffassung ändert auch das unserer Anschauung schmeichelnde Beispiel von dem ausbeutenden Kapitalisten nichts. Wir wollen uns bei unserer Betrachtung an dieses Beispiel halten, doch zunächst ein anderes.

Es ist kein Wunder, daß sich die christlichen Gewerkschaftsführer an die ideologische Auffassung vom Wesen des Rechts halten. Die Meinung von der Unwandelbarkeit des Rechtsbegriffs ergibt sich aus der Vorstellung einer allmächtigen Gottheit, die aus ihrem Wesen heraus einige Rechtsnormen geschaffen und sie der Menschheit mitgeteilt hat. Die Vorstellung einer Gottheit gibt dieser die Eigenschaften der Allmächtigkeit, Unwandelbarkeit und Ewigkeit. Die Gottheit ist als Macht gedacht, die unbeeinträchtigt von der Menschheit ist, nach Belieben die Welt regiert, die ebenso ewig und unwandelbar sind wie die Gottheit selbst. Es entspricht darum dem religiösen Wesen, den Rechtsbegriff als unwandelbar in allen Wirren der Zeiten zu betrachten. Das christliche Gewerkschaftsblatt blieb darum vollständig seiner Lehrmeinung treu, als es jene zitierten Sätze schrieb. Aber es gehören auch schon recht derbe Scheuklappen dazu, um ihre Unhaltbarkeit nicht zu erkennen. Schon das eigene Beispiel von dem Unrecht der Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten hätten den christlichen Rechtsphilosophen auf den richtigen Weg führen müssen.

Wenn der Kapitalist seinen Arbeitern einen ungenügenden Lohn zahlt, so ist das eben Unrecht, so diktiert die christlich-gewerkschaftliche Rechtsphilosophie. Wir sind die letzten, die dies moralische Urteil anfechten; aber man halte einmal Umfrage bei unsern Juristen, ob sie es für ein Unrecht halten, wenn ein Unternehmer seinen Arbeitern 3 Mk. Tagelohn zahlt, und wenn die Arbeiter durch ihre Dummheit dazu verurteilt sind, sich damit zufrieden zu geben. Es wird ihnen gar nicht einfallen, den Unternehmer zur Zahlung eines höheren Lohnes anzuhaltend. Das würden sie erst dann tun, wenn die Arbeiter sich durch ihre gewerkschaftliche Organisation einen höheren Lohn ausbedungen hätten, den der Unternehmer nicht zahlen würde. Dann würden sie ihn ohne viel Federlesens verurteilen und dann wäre aus dem früheren Recht plötzlich Unrecht geworden. Aber wozu? Etwa durch das Eingreifen der das Recht leitenden Gottheit? Selbstverständlich nicht, sondern durch die Macht der Arbeiter. Man sieht: Das Recht ist nicht göttlich, sondern menschlichen Ursprungs. Gehen wir weiter. Wer nimmt an dem Verhalten eines Unternehmers Anstoß, der die Notlage seiner Arbeiter zu seinen Gunsten ausnützt? Im Kreise seiner Berufsgenossen niemand, in der ganzen bürgerlichen Welt kein Mensch; da denkt und sagt man, der Unternehmer ist ein ehrlicher Kerl. Nur die Arbeiter empfinden sein Verhalten als ein Unrecht. Und damit sind wir beim Ursprunge des Begriffs von Recht und Unrecht angelangt. Es ist das Interesse, das die Rechtsanschauungen bildet, und es kommt darauf an, daß sich dies Interesse Macht verschafft, um die von ihm gebildeten Rechtsanschauungen zum Range von Rechtsnormen, von rechtsgültigen Satzungen zu erheben.

Das ist das Wesen der modernen Lehre vom Recht, daß das Recht ein Produkt der im menschlichen Gemeinschaftsleben herrschenden Interessen ist.

Damit überlassen wir das Gefasel vom „ewigen“, „göttlichen“, „unwandelbaren“ Recht den Christlichen und bemühen uns, durch Mehrung unserer Macht und durch nachdrückliche Vertretung unserer Interessen das Recht zu unsern Gunsten zu wandeln.

Es ist nicht uninteressant, die Wandlungen des Rechtsbegriffs im Wandel der Zeiten an einigen Beispielen zu verfolgen. Einstmals war die Sklaverei ein allgemein anerkanntes Recht, der Besitzer der Sklaven konnte mit ihnen verfahren, wie mit einer Sache. Später kamen dann Gesetze auf, die das Verfügungsrecht über die Sklaven einschränkten. Wir wissen nicht, warum; aber jedenfalls waren es mächtige Interessen, die den Eingriff in das alte „göttliche Recht“ der Sklaverei erzwangen. Selbst das Christentum mußte sich mit dieser Beschränkung der Freiheit des Ebenbildes der Gottheit abfinden und sie sanktionieren. Im Mittelalter war die Leibeigenschaft und die Hörigkeit ein „göttliches Recht“, das von dem Klerus nicht am schwächsten verteidigt wurde; heute ist, wenn wir nicht sehr irren, die persönliche Freiheit von der Kirche als ein „göttliches Recht“ anerkannt. Hat Gott das Recht gewandelt? Nein, es waren menschliche Mächte, menschliche Interessen, die das Recht umformten.

Nehmen wir ein andres Recht, das Recht des Besitzes an Grund und Boden. Wer heute Geld hat, kann sich Grund und Boden kaufen, er erkaufte damit das Recht, mit seinem Eigentum

nach Belieben zu verfahren. Kein Gericht, keine öffentliche Meinung wird darin ein Unrecht erblicken. Das war nicht immer so. Zur Zeit der Markgenossenschaft im alten Germanien konnte kein Mensch ein solches Besitzrecht erwerben. Dem es da eingefallen wäre, zu sagen, dieser Boden ist mein persönliches Eigentum, den hätten die übrigen Markgenossen schon heimlich wollen. Die Frosen, ein Indianerwolf, hatten einen Rechtsgrundsatz, der sagte: „Die Erde ist wie das Wasser und das Feuer, das kann man nicht aneignen, kaufen oder verkaufen.“ Die Maoris auf Neuseeland begriffen so wenig, daß man den Boden verkaufen könne, daß sie, selbst als der ganze Stamm dem Verkaufe seines Gebietes an die englische Regierung zugestimmt hatte, bei jedem neuen Geburtsfall einen Zuschlag zu der schon geleisteten Zahlung verlangten. Das Recht, Zinseszins zu nehmen, besteht heute nicht mehr, wer es tut, wird nach dem Gesetz wegen Wuchers bestraft; das war früher ganz allgemein üblich und völlig Rechts. Die ehelichen Rechtsbegriffe — welchen Wandel haben sie im Laufe der Zeiten durchgemacht. Die Geschichte kennt die Vielmännerei, die Vielweiberei; heute ist die Ehe ein „göttliches Recht“. Die ganz Frommen unter den ersten Christen verwarfen die Ehe insgesamt, ein Ueberbleibsel davon ragt noch in dem Zölibat der katholischen Priester in unsere Zeit hinein. Die Zukunft wird wieder ein anderes Eherecht schaffen — wo ist da das unwandelbare, göttliche Recht?

Und sollen wir noch erwähnen, daß früher die Blutrache, das Recht, den Mörder eines Stammesangehörigen ohne weiteres zu töten, ganz allgemein als Recht galt? Die Wandlung des staatsbürgerlichen Rechts, nach dem früher der Monarch von Gottes Gnaden Land und Volk regierte wie seinen Gutshof, zeigt uns, wie das Recht fortwährend neu geboren wird, wie es sein Wesen, seinen Inhalt verändert und wie es immer der Ausdruck der im Gemeinschaftsleben wirkenden Kräfte und Mächte ist.

Die Kluft zwischen sozialistischer und christlicher Weltanschauung ist nirgend so groß, wie bei dieser Auffassung vom Wesen des Rechts. Die christliche Lehrmeinung sieht im Recht etwas Absolutes, das den Menschen von höherer Macht aufgenötigt ist; sie glaubt nicht daran, daß das Recht vom Menschen bestimmt wird und steht in dem Bestreben, das Recht zu ändern, einen Frevler gegen das Recht der Gottheit. Natürlich hemmt sie damit den wirklichen Lauf der Rechtsentwicklung gar nicht. Diese wird getrieben von Kräften und Mächten, die über alle Dogmen hinwegschreiten. Die sozialistische Auffassung leitet sich ab von der Erkenntnis, daß das Recht der Ausdruck der Macht ist, und diese Auffassung ist für den Kampf des Proletariats von großer Bedeutung. Sie läßt uns die Möglichkeit erkennen, an die Stelle des heutigen Rechts, das uns knechtet, uns zu Abhängigkeit und Elend verdammt, ein anderes, besseres Recht zu setzen, das als Ausdruck der proletarischen Interessen mit der Ausbeutung und der Knechtschaft der Lohnarbeiter durch die Besitzenden aufräumt. Dies neue, proletarische Recht wird kommen, sobald die Summe unserer Macht stark genug ist, sich gegenüber der Macht der Kapitalisten durchzusetzen. Und an der Mehrung unserer Macht arbeiten wir alle Tage.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Tarifbewegung macht stetig Fortschritte. Rund 230 Kollegen arbeiten zu den neuen Bedingungen. Demgegenüber ist es fast wie ein Scherz erschienen, wenn der Verband der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin Zirkulare an seine Mitglieder und Nichtmitglieder versendet, in denen folgender Verbandsbeschluss verkündet wird:

Die Minimallohne werden wie folgt festgestellt:
a) für die Steinmetzen 72 1/2 Pfg. (80) pro Stunde in der Werkstatt, 77 1/2 Pfg. (85) außerhalb derselben.
b) für die Schleifer 57 1/2 Pfg. (68) pro Stunde in der Werkstatt, 62 1/2 Pfg. (73) außerhalb derselben.
Diese Löhne werden ab 3. September in allen Marmorgeschäften unseres Verbands bezahlt.

(Die eingeklammerten Zahlen stellen unsere Forderungen dar.)

Zeitgleich wird uns angeheißt, auf Grund obiger Minimallohne nochmals mit dem Unternehmerverbande in Verhandlungen zu treten, zwecks Schaffung eines einheitlichen Marmorarbeitstarifs für Groß-Berlin. — Was in letzter Hinsicht von uns gesehen konnte, ist bereits geschehen. Wenn die erstmaligen Verhandlungen scheiterten, so deshalb, weil die leitenden Personen des Verbands der Steinmetzgeschäfte (soweit die Marmorindustriellen in Frage kommen) sich den bestehenden Verhältnissen nicht anpassen konnten oder wollten und Zustände ins Leben rufen wollten, die vor einem Jahrzehnt bestanden haben. Zeugen obige „Zugeständnisse“ auch nicht von einem Verstehen der Zeitverhältnisse, so haben wir uns doch zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit erklärt, mit dem unzweideutigen Hinweise, daß die festgesetzten Löhne für uns nicht annehmbar sind. Vorläufig geht also der Kampf um die von uns geschaffene Grundlage weiter. Gleichzeitig machen wir unsern Mitgliedern bekannt, daß sich unser Verbandsbureau ab 1. Oktober im Gewerkschaftshause befindet. Die Steinmetzadressen sind bis zum Montag, den 12. September, im alten Bureau, Seydelstraße 30, einzuliefern. Später einlaufende Adressenänderungen können für das nächste Quartal nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Ortsverwaltung.

Dresden-Pirna. Der Streik der Sandsteinmehlen in unserm Gebiet dauert fort. Die stattgefundenen Verhandlungen haben zu keinem annehmbaren Resultat geführt. Am 31. August fand in Leipzig (unter dem Vorsitz des Herrn Verbandsvorsitzenden Dittmar-Berlin) eine Sitzung statt, um über den Friedensschluß zu verhandeln. In dieser Sitzung kam man zu nachstehendem Ergebnis: Es wird vorgeschlagen, eine verkleinerte Tarifkommission, bestehend aus je drei Personen, einschließlich der Vorsitzenden, von jeder Seite zu beauftragen, bis spätestens zum 31. Oktober d. J. ihre Beratungen über den Normaltarif zu beenden. Das Ergebnis dieser Beratungen wird den beiden Parteien mitgeteilt und wird darauf nach beiden Tarifen gerechnet, bezahlt wird aber nach den bisher gültigen Tarifen. Bis Ende Februar n. J. sollen diese vergleichswise Berechnungen gemacht werden und dann über Form und Höhe beschlossen werden. Vorbedingung ist hierbei, daß der Friede sofort wieder hergestellt wird, die Arbeit in Dresden, in Pirna, und im Postaer Revier wieder aufgenommen wird. Nach den alten Tarifen wird bis zum 15. Mai 1911 gezahlt. Die Tariffeststellungen und Aufschläge regeln sich nach den betreffenden Rechnungsergebnissen. Die Berechnungen werden gemäß den jetzt bestehenden Tarifbezirken vorgenommen. Hierbei ist vorausgesetzt, daß die Postaer Unternehmer sich für eine Zulage bereit erklären. Diese Verhandlungen hierüber finden am Freitag, den 2. September d. J., im Ratssaal in Pirna statt, unter Hinzuziehung der Herren Würdig und Starke sowie einer örtlichen Kommission (drei Mann von jeder Seite). Diese Zulage wird nur aufrechterhalten, wenn die Arbeit spätestens am 5. September d. J. im ganzen Dresdner, Pirnaer und Postaer Revier wieder aufgenommen wird.

Die in Pirna stattgefundenen Verhandlungen haben allerdings fast nichts als wie Enttäuschung gebracht. Das Zugeständnis der Unternehmer bestand darin, den Härtezuschlag für schärfere Arbeit von 33 1/2 auf 45 Prozent zu erhöhen. Die gespitzten, gekrümmten, gestochten und Aufsichtarbeiten sollen auch in Zukunft bloß mit 33 1/2 Prozent bezahlt werden, bis der Einheitstarif für Sachen fertiggestellt und angenommen ist. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß beim Einheitstarif letztgenannte Arbeiten höher bewertet werden sollen, denn die Unternehmer im Postaer Gebiet verlangen auch in diesem Tarif eine Extrazulage für sich. In Dresden und Pirna wird für diese Arbeiten 75 Prozent Härtezuschlag bezahlt, so gut wie auf sämt-

liche andern Arbeiten in Postaer Stein. Die Kollegenschaft im Gebiet hat den Dresdner Tarif mit 60 Prozent Härtezuschlag für Posta gefordert. Wir hätten erwartet, daß die Postaer Unternehmer etwas mehr Entgegenkommen zeigten und unsre Forderung (welche noch 15 Prozent unter dem Dresdner Tarif steht) bewilligten. Durch das Verhalten der Postaer Unternehmer ist allerdings der Friedensschluß noch weiter in die Ferne gerückt, denn dieser Tarif ist für uns das eigentliche Kampfbjekt. Die Kollegen hatten am Sonnabend in zwei Versammlungen (unter Beisein des Verbandsvorsitzenden Starke) hierzu Stellung genommen und sind einstimmig der Meinung, daß unter diesen Umständen die Arbeitsaufnahme nicht erfolgen kann. Die Kollegen waren geradezu empört über dieses fragwürdige Zugeständnis, was ihnen von den Unternehmern gemacht wurde. Allem Anschein nach geht das Bestreben der Bruchbesitzer darauf hinaus, möglichst niedrige Löhne zu zahlen, und die auswärtigen Unternehmer bei Submissionen aus dem Felde schlagen zu können. Es ist für die Kollegen unsres Gebietes vollständig ausgeschlossen, bei unsern niedrigen Löhnen die Bruchbesitzer in diesem edlen Bestreben zu unterstützen, um den Hungerriemen noch um einige Lösser enger zu schnallen. Hoffentlich sehen die auswärtigen Unternehmer noch rechtzeitig ein, wohin die Fahrt gehen soll.

Hannover II. Einen schönen Erfolg haben die Kollegen in der Marmorfabrik der Firma Wegener zu verzeichnen. Herr Wegener hat zur Bearbeitung Maschinen eingeführt, dabei wollte er die Gelegenheit benutzen, für sich einen besonderen Profit herauszuschlagen. Er bot nämlich den Kollegen Akkordpreise, die 50 Prozent niedriger wie die bisherigen Preise waren. Da das mehrmalige Verhandeln des Vorsitzenden sowie des Arbeiterausschusses nichts nützte, so beantworteten die Kollegen dieses Ansinnes mit der Arbeitsniederlegung. Nun begann für den Werkmeister sowie für den sogenannten Plattenmeister eine üble Zeit. Sie mußten nun, wie man zu sagen pflegt, im Schweife ihres Angesichts ihr Brot essen. Sie sollten nun in Gemeinschaft mit dem Kutscher und Hausreifer machen. Wie glänzend ihnen dieses gelungen ist, kann man daraus ersehen, daß nach zweitägiger Arbeitsruhe Herr Wegener sich bereit erklärte, den ihm unterbreiteten Tarif zu unterschreiben. Dieser Tarif, welcher auf der Basis der Lohnarbeit verfaßt ist, brachte den Kollegen wesentliche Vorteile. Der Stundenlohn beträgt für Anfänger 42,5 Pfg., nach halbjähriger Tätigkeit 47,5 Pfg., nach einem Jahre 54 Pfg., ab 1. Oktober d. J. 57,5 Pfg. Neben diesen Lohnsätzen sind außerdem noch verschiedene Vorteile für die Kollegen geschaffen, so daß diese mit dem Erfolg zufrieden sein können. Die Kollegen sehen hieran, daß Einigkeit stets zum Ziele führt; es wird dieses ein Ansporn für sie sein, treu zu ihrer Organisation zu halten. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Unternehmer zu gegebener Zeit versuchen werden, diese Erregung wieder auszuwecken. Aber dieser Versuch soll uns nicht an dem Zusammenhalten der Kollegen scheitern.

Hannover. Am 4. September brachten wir einen Kollegen zur letzten Ruhe. Sein Tod war die Folge eines Unfalls, und dieser wieder die Folge eines mangelhaften Schutzes. Im noch nicht vollendeten 26. Lebensjahre mußte er sein junges Leben (Frau und ein Kind hinterlassend) opfern. Er arbeitete als Steinmetz bei einer Kölner Firma am Neubau der hiesigen Bismarckschule. Dasselbe wurde an einer Seite von innen gemauert. Um herabfallendes Gestein aufzufangen, ist Vorsicht, ein Schutzgerüst anzubringen. Wie aber alle Vorschriften (die zum Schutze der Arbeiter geschaffen sind) nur auf dem Papier stehen, so auch bei uns in Hannover. Das Gerüst war einst vorhanden, aber zur Zeit des Unfalls sehr unvollständig, da verschiedene Teile (jedenfalls aus Mangel an Gerüstmaterial) weggenommen waren, um wo anders zu dienen. Ein Mauerstein fiel aus einer Höhe von 18 Meter herab, passierte das schlechte Gerüst und tötete den unten bei seiner Arbeit stehenden Kollegen. Auch dieser Fall lehrt uns wieder, daß von Unternehmerrseite wenig Wert auf Sicherheitsvorschriften gelegt wird. Um so mehr muß es Aufgabe der Gewerkschaften sein, die Unterneher zur Einhaltung der gegebenen Schutzbestimmungen zu zwingen.

Heppenheim. Am 28. August fand im Gasthaus zur Bergstraße eine Mitgliederversammlung statt, welche schlecht besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Ortsstatistiker das Ergebnis der Statistik bekannt. Es beteiligten sich daran im ganzen 87 Kollegen, einschließlich 6 Bruchern und 3 Pflasterern. Der Durchschnittsverdienst beträgt 1163,78 Mark, das Durchschnittsalter ist 36 Jahre 1 Monat. Die durchschnittliche Tätigkeit im Beruf beträgt 20 Jahre 7 Monate. Im Punkt 2 wurden für die streikenden Kollegen in Zwingenberg 30 Mark aus der Ortskasse bewilligt. Im Punkt 3 verschiedenes wurde besonders der Werkplatz der Firma Vereinigte Obenwald-Granitwerke (Betrieb Heppenheim) kritisiert. Denn hier kommt es vor, daß manche Kollegen, wenn sie mit ihrem Stück fertig sind, gleich wieder aufbäumen können, während andre stundenlang, ja sogar 1/2 bis 1 ganzen Tag warten müssen, bis sie ein Stück erhalten. Vor etlichen Wochen wurden auf demselben Platz eine Anzahl Kollegen entlassen wegen Arbeitsmangels. Nicht selten kommt es auch vor, daß die Kollegen für ihre Arbeit weniger erhalten, als sie nach Tarif zu bekommen hätten. Der Herr Werkführer Bauer versteht es, durch seine schroffen Worte die Kollegen zu bestrafen. (Traurig genug! Die Reklamation.) Hat man eine Nachzahlung zu bekommen, so wird es meist vergessen. Hier wäre es vor allem notwendig, daß die Kollegen im Nebenrecht die Dinge mehr besprechen; sollte hierdurch nichts zu erreichen sein, so ist das Schiedsgericht anzurufen. Nachdem noch einige kleine Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Ronkang. Am 21. August fand im Gasthaus zur Helvetia eine mächtig besuchte Steinmetzerversammlung statt. Der Kartellbelegierte erstattete den Bericht. Der Statistiker berichtete über die Erhebungen. Es hatten sich 18 Kollegen daran beteiligt. Es werden jetzt die Statistiken alle Quartale eingezogen. Im Punkt 3 verschiedenes wurde hauptsächlich das Sperrsystem von St. Margarethen (Schweiz) einer scharfen Kritik unterzogen. Es ist von verschiedenen Kollegen Klagen darüber geführt worden. Wenn dort nicht direkt gesperrt ist, dann wird die Sache anders behandelt und man schreibt im Schweizerischen „Steinarbeiter“, daß die Arbeitslosigkeit unter den Kollegen noch groß sei. Es ist eine große Taktlosigkeit, wenn man auf diese Art und Weise die fremden Kollegen fernhalten will.

Dörschum. Am 28. August fand hier eine gut besuchte Bezirksversammlung statt. Kollege Bohse betonte in seinem Vortrage, daß es im Durchschnittsgebiet notwendig ist, einen Tarif zu schaffen. Er hofft auch, daß uns dies endlich gelingen wird. Die Unternehmer haben aus dem Streik 1906 gelernt, sonst hätten sie sich nicht in Verhandlungen eingelassen. Dann erklärte er noch verschiedene Punkte des von uns vorgelegten Tarifs. Bei der Diskussion wurde beantragt, daß der Abzug von 5 Prozent, der für eine bestimmte Anzahl Orte bestimmt ist, in Wegfall kommt. Hierauf wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die dahin lautet, daß die Tarifkommission unsre Sache nach Kräften zu vertreten hat, und bis zum 5. September die Verhandlungen beginnen müssen, damit keine Verschleppung eintritt.

Dösch. Die Zahlstellenverwaltung von Wurzen hatte am 27. August im Weinberg zu Dösch eine öffentliche Steinmetzerversammlung arrangiert, um auch im hiesigen Steinbruchgebiete unter den Kollegen die Organisationsgesetze zu wecken, was auch einigermaßen gelang. Zum 1. Punkt der Tagesordnung sprach der Gauleiter Georg Steininger-Bertha über Zweck und Nutzen der Organisation. Redner schilderte eingehend die Organisationsverhältnisse aus frühesten Zeit und kam dann zum Schluß zu den jetzigen Verhältnissen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ferner erläuterte er die Unterstützungsverhältnisse des

Dann nahm die Konferenz Stellung zu den Bestimmungen des internationalen Kartellvertrages. Die Debatte brachte auch eine Aussprache über die separatistischen Bestrebungen in Oesterreich und der Schweiz. Die Konferenz nahm eine Resolution an, die neben einer entschiedenen Beurteilung der Zerplitterungsversuche die Forderung enthält, daß die sozialdemokratischen Parteien aller Länder diesen Bestrebungen energisch entgegenzutreten und ihre Mitglieder verpflichten sollen, im Sinne der Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenzen tätig zu sein. Von dem französischen Bauarbeiterverbande lag ein Antrag vor, die Bestimmung, wonach die Konferenzen in der Regel in Verbindung mit den internationalen sozialistischen Arbeiterkongressen stattfinden, zu streichen. Der Antrag wurde damit begründet, daß die Gewerkschaften keinerlei Beziehungen zu den politischen Parteien unterhalten dürften. Nach kurzer Debatte, an der sich die Vertreter von Deutschland, Italien, Schweden und Belgien beteiligten, wurde der Antrag gegen die Stimme des französischen Vertreters abgelehnt. In der Frage Industrie- oder Berufsverbände endete die Debatte mit der Feststellung, daß man überzeugt sei, daß die Entwicklung der Arbeitskämpfe die Industrieverbände als die vorteilhafteste Organisationsform erscheinen lassen, die darum angestrebt werden müßten.

In Zukunft sollen periodische Berichte über die Entwicklung der angeschlossenen Verbände und die wichtigeren Vorkommnisse herausgegeben werden. Infolgedessen wurde auch die Erhebung eines Beitrages für notwendig erachtet, von der man bisher abgesehen hatte.

Scheußlichkeiten und Brutaltäten. Am 25. August sprach der Abgeordnete Gröber auf dem Katholikentage in Augsburg über soziale Entfremdung und Annäherung der einzelnen Volksklassen. Er sagte bei dieser Gelegenheit:

Nichts schädigt die Arbeiterbewegung mehr, als die Verheerung der Arbeiter durch den Klassenkampf. Durch den rückwärtschreitenden, brutalen, die unerlaubbaren Mittel anwendenden Klassenkampf wird die Arbeiterklasse selbst innerlich verschlechtert. Durch den Terrorismus der Sozialdemokratie ist es dahin gekommen, daß brave Arbeiter, weil sie sich aus religiöser und vaterländischer Gesinnung der sozialdemokratischen Organisation nicht haben anschließen können, um Stellung und Brot gebracht worden sind. Das sind Scheußlichkeiten und Brutaltäten, die eine Schmach in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung genannt werden können.

Einen Tag darauf, am 26. August, brachte die Kölnische Zeitung folgende Nachricht:

Erier, 24. August. Als während der Aussperrung im Baugewerbe in einer Versammlung der Gewerkschaften und Fachabteiler über die Arbeitsaufnahme gesprochen wurde, äußerte der Gewerkschaftler Thiemann: „Ich und meine Kollegen werden die Wiederaufnahme der Arbeit mit allen Mitteln verhindern, auch auf das Risiko hin, ein paar Wochen ins Gefängnis zu kommen.“ Sein Kollege Wenzel bemerkte: „Die Fachabteilung muß sich schämen, wenn sie abfällt. Die Fachabteiler können dabei riskieren, daß ihnen die Knochen entzweielt geschlagen werden.“ Wegen dieser Äußerungen hatten sich die beiden Arbeiter heute vor dem Schöffengericht zu verantworten. Thiemann wurde wegen Vergehens gegen den Streikparagrafen zu fünf Tagen, Wenzel zu einem Tag Gefängnis verurteilt.

Die Gewerkschaftler, die sich solcher „Verheerung“ durch den „rückwärtschreitenden, brutalen, die unerlaubbaren Mittel anwendenden Klassenkampf“ schuldig gemacht haben, waren natürlich — Sozialdemokraten? O nein! Es waren brave, gut katholische, in christlichen Gewerkschaften organisierte Arbeiter. Wie wird ihnen, Herr Gröber, ob solcher „Scheußlichkeiten und Brutaltäten, die eine Schmach in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung genannt werden können“. Oder wird die Arbeiterklasse nur durch den „Terrorismus“ der Sozialdemokratie „innerlich verschlechtert“, während sie durch den „Terrorismus“ der Christlichen innerlich geläutert und gehoben wird?

Die kulturelle Benutzung des Erdbodens. Eine oft anzutreffende landläufige bürgerliche Lebensart ist die: Es gibt zu viel Menschen! In ihrer Beschränktheit rufen viele der Speisepfeiler — die weit vom Schusse sind — nach einem Krieg, um den sozialen Konkurrenzkampf der Menschen untereinander vermeintlich zu mildern. Nichts widersinniger als das! Die Schätze der Natur sind noch so reichhaltig, die Möglichkeit einer Steigerung der Ertragsfähigkeit des Erdbodens noch so groß, daß sich die Zahl seiner Bewohner noch vervielfachen könnte und doch noch genügend Nahrung fände. Große Gebiete der Oberfläche der Erde sind noch vorhanden, die brach liegen oder überhaupt nicht land- oder forstwirtschaftlich benutzt worden sind. Und das selbst in Europa, und sogar in Deutschland. Das europäische Rußland hat 515 Millionen Hektar Gesamtfläche, davon sind nur 210 Millionen Hektar landwirtschaftlich benutzt. 168 Millionen Hektar sind mit Forsten und Holzungen bedeckt, und 77 Millionen Hektar sind überhaupt noch nicht kulturell benutzt worden. Das herrliche und teilweise sehr fruchtbare Italien umfaßt 28,6 Millionen Hektar Bodensfläche. Davon sind 19 Millionen Hektar landwirtschaftlich benutzt, 8,3 Millionen Hektar liegen noch vollständig brach. Von den 50 Millionen Hektaren, die das „schöne“ Spanien bedeckt, sind nur 21 Millionen Hektar Bodensfläche, von denen Der Rest liegt brach oder besteht in Holzungen. Schweden erstreckt sich auf 41 Millionen Hektar Bodensfläche, von denen nur 4,6 Millionen Hektar landwirtschaftlich verwertet sind. Die landwirtschaftlich benutzte Fläche, worunter außer Acker, Wiesen und Weiden auch andrer für den Landbau geeigneter Boden verstanden wird, ist um so ausgedehnter, je dichter die Bevölkerung eines Landes ist. Belgien zählt 2 945 600 Hektar Fläche, von denen nur 200 000 Hektar brach liegen. Großbritannien 2 276 5 Hektar, wovon nur 117 100 Hektar unbenutzt sind. Dagegen sind von den 251 Millionen Hektaren Britisch-Indiens nur 88 Millionen Hektar, von 252 Millionen Hektaren West-Australiens nur 1,6 Millionen Hektar angebaut.

Deutschland selbst bedeckt 54 064 800 Hektar des Erdbodens, von denen 35 055 400 Hektar landwirtschaftlich benutzt werden. 15 995 900 Hektar sind mit Holzbestand belegt, 5 013 500 Hektar, wozu große Strecken der Lüneburger Heide gehören, sind überhaupt noch nicht „arbar“ gemacht. Also auch hier könnte noch viel kultiviert werden, so daß selbst Deutschland z. B. sehr leicht, wie auch Fachmänner bestätigen, mehr Getreide bauen könnte, als es braucht.

Wenn demnach der Kampf ums Dasein so hart ist, so liegt das nicht an „den vielen Menschen“, sondern an den Widersinnigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, welche für Kulturarbeiten nichts übrig hat.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 29. August bis mit 3. Septbr. 1910.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Bühlberg, B. 181.40, E. 7.50, K. 5.20, M. 1.40. Ebeltsbach, B. 126.—. Hauswalde, E. 6.50. Jena, B. 100.—, M. 4.—. Reichenbach i. Odenw., B. 336.—. Trübsau, B. 66.36, E. 15.50, K. 5.—. Jever, B. 10.20. Stendal, B. 6.10. Rotenburg (Westen), B. 4.90. Burg, B. 15.00. Emden, B. 4.20. Frankenhäuser, B. 2.40. Siefeld, B. 14.—. Liegnitz, B. 11.10. Neusalz a. D., B. 6.10. Lübben, B. 2.40. Welpke, B. 65.50, E. 11.—, M. 1.20. Alsleben, B. 68.—, E. 4.—. Wiedenbach, B. 63.—. Köln I, B. 250.—. Rüttschbach, B. 204.60, K. 2.40. Müllenbach, B. 27.74. Wellerode, B. 188.48, E. 4.—, K. 3.40. Stade, B. 31.80. Dejeun, B. 9.10. Neuffreiß, B. 8.—. Remscheid, B. 3.10. Rotenburg (Puffeld), B. 2.90.

Der Unterricht an Fachschulen
ist sorgfältigst nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken System Karnach-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bautechniker.** Glänzende Erfolge. Dankschreiben. Anstichtsendungen. Kleine Teilzahlungen.
Bonnese & Hachfeld Potsdam-W.18.

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte
Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine
Werkzeuge und Werkzeugstahl
empfehlen zu billigen Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.
Preisliste gratis und franko.

Federnde
Steinschlaghammer
D. R.-G.-M.
Praktische Neuheit!
Preis Mk. 6.—
Versand unter Nachnahme.
Albert Baumann, Aue (Erzgeb.)
Werkzeugfabrik.

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jodetis, Leder- und Buchstuckosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft
in Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Zehn Pflastersteinarbeiter
für erste Sorte suchen sofort bei dauernder Arbeit
Grenit- und Granitwerke Groß-Wiebertau (Odenw.).

Allgemeine Bekanntmachungen.
Hemsbach a. d. Bergstr. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Kollegen Oskar Wirth gen. Spitzhäuser sofort zugehen zu lassen. Derselbe hat vergessen, dem Kollegen Wilhelm Kempermann seine Invalidentarte abzuliefern.
Fr. Weidenhammer, Kassierer.

Meißen I. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adressen der Kollegen Johann Geier (Steinmetz) und Karl Wunderlich (Schleifer) aus Selb bekanntzugeben.
Joh. Bergbauer, Borj., Sichelau, Porschwitzer Weg 8.
Wunfelde. Der Kollege Karl Hübler ist von hier abgereist und hat sein Buch in größter Unordnung liegen lassen. Die Ortsverwaltungen mögen dies beachten.
Joh. Lieberwirth, Kassierer.

Adressen-Änderungen.
Köln I. Borj.: Michel Schwarz, Sudermannsplatz 2.
Straßburg (Elz). Borj.: Fritz Göhringer, Rothhäuser Gasse 19. Kass. (ab 1. Okt.): Wilsch, Schöck, Fischerstadt 15.
Stettin. Kass.: Paul Sachse, Ulrichstraße 20.
Neuwied. Borj.: Friedrich Schlepütz, Rheinstraße 16b.

Briefkasten.
L. in R. Die Statistik war zu mangelhaft ausgearbeitet. — N. Der Zusammenschluß wird am 1. Januar 1911 perfekt. Wende Dich an den Maurerverband, Hamburg, Befensbinderhof. — St. in München. Wir hoam a scho neig'ant, daß du Junken g'flogn sand. Viele Grüße! — Schriftführer D. Aber werter Kollege, das ist doch keine Berichterstattung mehr. — Kellner in W. Wöllig müßigen, sonst wär das Gewünschste prompt übersandt worden. Besten Gruß! — J. in Wunfelde. Wende Dich an die Firma Bachhaus & Langensiepen, Leipzig.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Der Unterricht an Fachschulen
ist sorgfältigst nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken System Karnach-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bautechniker.** Glänzende Erfolge. Dankschreiben. Anstichtsendungen. Kleine Teilzahlungen.
Bonnese & Hachfeld Potsdam-W.18.

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte
Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine
Werkzeuge und Werkzeugstahl
empfehlen zu billigen Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.
Preisliste gratis und franko.

Federnde
Steinschlaghammer
D. R.-G.-M.
Praktische Neuheit!
Preis Mk. 6.—
Versand unter Nachnahme.
Albert Baumann, Aue (Erzgeb.)
Werkzeugfabrik.

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jodetis, Leder- und Buchstuckosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft
in Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Zehn Pflastersteinarbeiter
für erste Sorte suchen sofort bei dauernder Arbeit
Grenit- und Granitwerke Groß-Wiebertau (Odenw.).

Gestorben.
In Weicha am 30. August der Kollege Konrad Vär, 40 Jahre alt, an Lungenleiden.
In Breslau am 25. August der Kollege Karl Wendig, 34 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Dresden am 29. August der Kollege Hermann Nothe, 47 Jahre alt, an Herzschlag.
In Hannover I am 12. August der Kollege Richard Gube, 22 Jahre alt, an Herzbeutelentzündung.
In Bodenau am 22. August der Kollege Max Ritsche, 30 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Mainz am 25. August der Kollege Heinrich Häfner, 52 Jahre alt, an Leberleiden.
Ehre ihrem Andenken!

NB. Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für welche die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1909.

II.

Pro Kopf der Mitglieder berechnet hätten an Gesamtjahreseinnahme: Notentwerfer 68,99 M., Lithographen 62,78, Buchdrucker 57,59, Bildhauer 45,98, Glaser 41,18, Holzer 35,03, Holzarbeiter 34,62, Zimmerer 33,92, Kupfer- und Schmied 33,90, Metallarbeiter 33,20, Schmiede 33,10, Porzellanarbeiter 33,02, Handschuhmacher 32,04, Lederarbeiter 31,66, Stukkateure 31,12, Zigarrenfortierer 30,82, Tapezierer 29,43, Sattler 28,67, Buchbinder 28,24, Böttcher 27,96, Bauhilfsarbeiter 27,82, Steinseher 26,96, Steinarbeiter 26,73, Gutmacher 26,64, Brauereiarbeiter 26,58, Töpfer 25,85, Mühlenarbeiter 25,79, Kürschner 25,69, Kgl. Logographen 25,54, Maler 24,88, Gastwirtsgehilfen 24,64, Friseur 24,20, Portefeinler 23,99, Schiffszimmerer 23,92, Textilarbeiter 22,83, Maurer 22,58, Papenarbeiter 22,53, Tabakarbeiter 22,41, Schuhmacher 22,09, Schneider 21,51, Bäcker 21,40, Seelente 21,14, Fabrikarbeiter 21,04, Glasarbeiter 21,04, Gemeindefahrer 20,92, Transportarbeiter 20,55, Dachdecker 20,16, Arbeiter 20,09, Maschinisten 18,79, Hotelbediener 17,88, Bergarbeiter 16,87, Buchdruckerhilfsarbeiter 16,67, Bureauangestellte 16,67, Fleischer 16,59, Lagerhalter 16,26, Zivilmuffler 14,92, Appalsteure 14,08, Handlungsgehilfen 12,63, Blumenarbeiter 12,48 M.

Die Gesamtjahresausgabe von 46 264 031 M. verteilt sich auf die folgenden Posten:

Organisationen	M.
Reiseunterstützung	45
Umzugsunterstützung	34
Arbeitslosenunterstützung	44
Arbeitsunfähigen- (Kranken-)Unterstützung	53
Invalidenunterstützung	10
Beihilfe in Sterbefällen	48
Beihilfe in Notfällen	48
Streiks im Beruf	50
Streiks in andern Berufen und Ausland	57
Rechtsschutz	55
Gemahregelunterstützung	44
Verbandsorgan	57
Bibliotheken	36
Unterrichtskurse	31
Statistiken	14
Agitation	55
Druckschriften, Broschüren usw.	52
Stellenvermittlung	20
Konferenzen und Generalversammlungen	53
Sonstige Zwecke	54
Beitrag an die Generalkommission	52
Beitrag zu internationalen Verbindungen	29
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	46
Projektkosten	14
Bewaltungskosten (der Hauptkassen) persönl.	57
Bewaltungsmaterial	55

Die Ausgabe für Streiks und Aussperrungen ist gegenüber dem Jahre 1908 um 2 000 000 M. höher, erreicht aber bei weitem nicht die Höhe der Jahre 1905 bis 1907, in denen sie 9 374 034 M., 13 748 412 M. und 13 196 363 M. betrug. Auch die Unterstützung der Arbeitslosigkeit und Krankheit erfordert höhere Aufwendungen als im Jahre 1908. Mit diesen Ausgaben sind die Gewerkschaften in den drei Jahren der wirtschaftlichen Krise ganz außerordentlich belastet worden. Es wurden gezahlt an Unterstützungen für:

	1907	1908	1909
	M.	M.	M.
Reise	869 148	1 184 353	1 125 829
Umzug	275 716	290 157	281 231
Arbeitslose	4 375 012	8 134 388	8 593 928
Kranke	5 635 387	8 473 853	8 896 354
Sterbefälle	642 385	666 494	838 879
Notfälle	467 707	508 976	547 174
Gemahreackte	1 010 045	1 440 263	1 074 684
	13 275 400	20 698 484	21 358 079

Es sind nicht weniger als 55 000 000 M. für diese Unterstützungen in den letzten drei Jahren vorausgabt worden.

Die Aufwendungen, welche einzelne Organisationen für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung im Berichtsjahre machen mußten, stehen hinter den Leistungen der beiden Vorjahre nicht zurück. In den drei Jahren wirtschaftlicher Depression haben die Gewerkschaften wiederum den Beweis geliefert, daß sie nicht nur ihrer Aufgabe, den Mitgliedern in den Zeiten der Not einen Rückhalt zu bieten, gewachsen sind, sondern auch den Beweis dafür, daß nur die Gewerkschaften als die Träger der Arbeitslosenversicherung

gelten können. Jede Einrichtung der Arbeitslosenfürsorge, die sich nicht auf die Gewerkschaften aufbaut, wird versagen. Nun werden die Gegner der staatlichen Arbeitslosenfürsorge sagen, daß, wenn die Gewerkschaften sich auf diesem Gebiete so leistungsfähig erwiesen haben, man ihnen dieses auch für die Zukunft überlassen und von einem Eingreifen des Staates absehen könne. Demgegenüber ist zunächst prinzipiell zu bemerken, daß die Arbeiter nicht die Verantwortung für die wirtschaftlichen Krisen tragen, sondern daß diese eine Folge des heutigen Wirtschaftssystems sind, dessen Aufrechterhaltung als die vornehmste Aufgabe der Staatsgewalt gilt. Würde man den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bezüglich Einschränkung der Produktion während der Periode verminderten Absatzes einräumen, so könnte man ihnen einen Teil der Verantwortlichkeit zuweisen. So aber gelten sie nur als Objekte im Produktionsprozeß, die man nach Bedarf heranzieht und bei Einsetzen der Krise ohne Rücksicht darauf, ob sie während der Arbeitslosigkeit ihr einziges Gut, ihre Arbeitskraft, einbüßen, wieder absetzt. Der Staat sorgt außerdem durch die Erhöhung und Vermehrung der indirekten Steuern dafür, daß die Konsumfähigkeit der Arbeiterklasse herabgemindert wird, was eine Einschränkung der Produktion während der Periode verminderten Absatzes zur Folge hat. Somit ist es Pflicht des Staats, dem die Verantwortlichkeit für die wirtschaftlichen Krisen zufällt, für deren Opfer Fürsorge zu treffen.

Aber auch aus praktischen Gründen kann man den Gewerkschaften die volle Leistung der erforderlichen Mittel für die Arbeitslosen nicht zumuten. Was heute geboten wird, kann bei fast allen Gewerkschaften nur als das Äußerste angesehen werden, das erforderlich ist, um die Arbeitslosen vor der größten Not zu schützen. Soll die Unterstützung so bemessen werden, daß sie ausreicht, um den Arbeitslosen vor Einbuße an seiner Arbeitskraft zu bewahren, so wäre eine enorme Erhöhung der Beiträge erforderlich. Außerdem können, wenn nicht eine ganz außerordentliche Belastung der Mitglieder eintreten soll, nicht alle Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung einführen. Zwar hat in den letzten Jahren die Zahl der Gewerkschaften, die diesen Unterstützungszweig durchführten, ganz erheblich zugenommen. Während 1891 nur 10 Verbände, 1895 12, 1900 18 Verbände Arbeitslosenunterstützung zahlten, stieg deren Zahl 1905 auf 36 und 1909 auf 39. Von den 18 Verbänden, die im letzten Jahre eine solche nicht hatten, gehören 10 dem Baugewerbe an. Bei einigen andern Verbänden, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen, wie bei den Gastwirtsgehilfen und Zivilberufsmustern, wird deren Durchführung infolge der eigenartigen Berufsverhältnisse äußerst schwierig sein.

Nach den Opfern, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für ihre arbeitslosen und sonst notleidenden Berufsangehörigen gebracht, sollte jeder rechtlich Denkende zu der Erkenntnis kommen, daß der Staat sich der Pflicht, für die Opfer der wirtschaftlichen Krise Vorkehrung zu treffen, nicht mehr entziehen dürfe. Von 1891 bis 1909 wurden von den Gewerkschaften gezahlt für:

Arbeitslose	34 112 885 M.
Reisende	10 393 441 "
Kranke	36 004 701 "
Umzug, Not- und Sterbefälle	8 553 798 "
Gemahreackte	6 688 112 "
Invalide	3 044 044 "
Rechtsschutz	2 432 921 "

Das sind in 19 Jahren 101 179 092 M. Demgegenüber steht eine Ausgabe für Streiks und Aussperrungen von 71 788 648 M. Diese Gegenüberstellung beweist, welche riesige Mittel die organisierte Arbeiterchaft für die Opfer einer verdrängten Produktionsweise aus eigener Tasche aufgebracht hat.

Der innere Ausbau der gewerkschaftlichen Zentralverbände hat auch im Berichtsjahre Fortschritte gemacht, doch lassen diese sich im einzelnen nicht schildern. Im Jahre 1909 zahlten Unterstützungen für Reisende 42, Umzug 28, Arbeitslose 39, Kranke 48, Invalide 5, Notfälle 34 und bei Sterbefällen 46 Verbände. Im Jahre 1908 wurden 40 Verbände verzeichnet, die Arbeitslosenunterstützung, und 6, die Invalidenunterstützung zahlten. Die Verringerung der Zahl ist auf den Anschluß der Verbände der Handschuhmacher und Portefeinler an andre Organisationen zurückzuführen. Die 57 Verbandsorgane hatten 1909 eine Gesamtauflage von 2 032 596 Exemplaren gegenüber 1 951 285 Exemplaren im Jahre 1908.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften verzeichnen für 1909 einen Mitgliederbestand von 106 023, gegenüber 105 633 im Jahre 1908, somit einen Zuwachs von 390. Die Mitgliederzahl der meisten Gewerkschaften ist so gering, daß kaum mit diesen Organisationen gerechnet werden kann. Welche Bedeutung kann man einer Organisation der Bauarbeiter mit 830, oder der Bergarbeiter mit 2405, oder der Textilarbeiter mit 7036 Mitgliedern beilegen. Nur wenige Gewerkschaften haben eine nennenswerte Anzahl Mitglieder. Auf die Gewerkschaften in den einzelnen Berufen entfielen 1909 Mitglieder:

Bauhandwerker 830 (+ 62), Bergarbeiter 2405 (+ 341), Bildhauer 275 (- 41), Brauer 970 (- 51), Eisenbahner 1100 (+ 980), Fabrik- und Handarbeiter 15 597 (+ 341), Gärtner (- 70), Gemeindefahrer 1844 (+ 155), Graphische Berufe und Maler 1939 (- 389), Handelshilfsarbeiter (- 164), Holzarbeiter 5822 (+ 357), Kaufleute 18 300 (+ 127), Konditoren 112 (- 76), Maschinenbau- und Metallarbeiter 37 647 (- 329), Reispflüger 42 (- 1), Schiffszimmerer 295 (- 123), Schneider 4616 (+ 143), Schuhmacher und Lederarbeiter 5020 (- 230), Selbständige Berufe (- 131), Steinarbeiter 200 (+ 62), Textilarbeiter 7036 (+ 655), Töpfer 1525 (- 200), Wäger und Maschinisten 57 (+ 57), Zigarren- und Tabakarbeiter 2052 (+ 150), Frauen und Mädchen 683 (- 15).

Die Schwäche der Organisation soll nun, ebenso wie im Vorjahre, durch eine möglichst hohe Einnahme und Ausgabe verdeckt werden. Schon im Jahre 1908 wurden ganz unzulässigerweise die Einnahmen und Ausgaben der selbständigen Krankenkassen den Gewerkschaften zugerechnet. Als dies die Generalkommission in ihrem Jahresbericht eine abschließliche Freiführung nannte, protestierte der „Gewerkverein“ und behauptete, es sei das gute Recht der Gewerkschaften, solche Verrechnung zu machen, da auch in den andern Gewerkschaftsgruppen die Krankenkassenunterstützung eingerechnet wird. Entweder ist der Zentralrat der Gewerkschaften über die Einrichtungen der Gewerkschaften nicht unterrichtet, oder er hat die Absicht, die Mitglieder und die Öffentlichkeit zu täuschen. In den Gewerkschaften ist die Krankenunterstützung in gleicher Weise wie Arbeitslosen-, Reise- und Gemahregelunterstützung eine Einrichtung der Organisation. Besondere Beiträge werden für diesen Unterstützungszweck nicht erhoben, ein Rechtsanspruch der Mitglieder auf diese Leistung besteht nicht. Die Krankenkassen der Gewerkschaften aber sind eingeschriebene Hilfskassen, mithin völlig selbständige Organisationen. Die Statuten lassen darüber gar keinen Zweifel. Sie tragen die Bestätigung durch die Polizeibehörde, daß diese Kassen als eingeschriebene Hilfskassen zugelassen werden. Diese Kassen werden auch in der alljährlich von dem Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegebenen Uebersicht über die Krankenversicherung geführt. Es handelt sich hierbei aber nicht nur um Zuschußkassen, sondern auch um zwei dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügende Kassen, die des Gewerkvereins der graphischen Berufe und die der deutschen Kaufleute. Für 1908 werden in der Statistik der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bei dem Gewerkverein der graphischen Berufe die baren Ausgaben an Krankengeld und an Sterbegeld in gleicher Höhe angegeben wie in der Statistik über die Krankenversicherung in Berlin. Bei dem Gewerkverein deutscher Kaufleute gibt die Statistik der Gewerkschaften für Unterstützung bei Krankheitsfällen 178 013 M. an, während die Krankenversicherungsstatistik nur 75 478 M. verzeichnet. Die erstere Summe kommt aber heraus, wenn zu letzterer hinzugerechnet werden: ärztliche Behandlung 54 592 M., Arznei und sonstige Heilmittel 41 336 M., Krankengelder an Angehörige 339 M. und Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten 6269 M. Alle diese Ausgaben rechnet nun die Zentralstelle der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften als solche des Gewerkvereins deutscher Kaufleute. Auch die Vermögensbestände dieser Kassen werden den Gewerkschaften zugerechnet. Und nicht nur wird diese falsche Berichterstattung in dem Organ der Gewerkschaften geübt, sondern auch dem reichsstatistischen Amt wurden bewußtweise diese falschen Zahlen überreicht. Dem Amt ist gleichfalls bekannt, daß bei dieser Berichterstattung abschließliche Freiführung vorliegt. Es hilft sich hierüber im Statistischen Jahrbuch mit der Anmerkung hinweg: „Einnahmen aller Kassen, auch der Kranken- und Begräbniskassen. Letztere beiden Kassenarten sind Einrichtungen nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes. Dies ist auch bei Beurteilung der betreffenden Ausgabenposten zu berücksichtigen.“

Soweit möglich, sind bei den Berechnungen die fälschlicherweise in die Gewerkschaftsstatistik eingestellten Zahlen, unsererseits ausgeschlossen. Bei der Gesamteinnahme und auch der Ausgabe ist dieses nicht möglich. Erstere betrug 1909 2 806 220 M., letztere 2 346 830 M. Der Vermögensbestand der Gewerkschaftshauptkassen war Ende 1909 1 677 464 M., und der der Totalkassen 1 86 934 M., zusammen 1 864 398 M.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ist endlich dazu gekommen, die dem Verbands nicht angeschlossenen Organisationen als christliche Gewerkschaften nicht zu zählen. Als das Korrespondenzblatt vor 7 Jahren darauf hinwies, daß die Zuzählung solcher abseits stehender Organisationen zu den christlichen Gewerkschaften unzulässig sei, schrieb höhnend das Zentralblatt der Christlichen: „Unstre „Freunde“ werden aber weiter „beweisen“, daß diese Verbände mit den christlichen Gewerkschaften nichts gemein haben wollen.“ Wie auf manchen andern Gebieten, hat sich auch auf diesem bei den Christlichen eine anerkenntnismüde Wandlung vollzogen. Mit diesem Entwicklungsgang können die Gewerkschaften durchaus zufrieden sein. Er vollzieht sich vollständig so, wie es vorausgesagt wurde, als die christlichen Gewerkschaften auf dem Plan erschienen. Auf

Die deutsche Marmorindustrie.

II.

Das Marmorvorkommen in Deutschland.

Wir haben schon kurz angedeutet, daß das Ausland vorzügliche Marmorarten aufweist. Aber auch Deutschland kann sich mit seinen Marmorarten sehr wohl sehen lassen. Der Fichtelgebirgsgeologe Dr. Schmidt (Wunsiedel) hat ganz recht, wenn er den Steinindustriellen vorwirft, daß sie für das heimische Gestein nicht genügend Propaganda und Reklame machen. Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß wir auch in der fernen Zukunft zu den verschiedensten ausländischen Qualitäten greifen müssen, aber deshalb kann auch der deutsche Marmor noch gut verwertet werden. Wenn aber bei uns auf dem Markt die Auslandsware noch so stark dominiert, so liegt diese Erscheinung in natürlichen Ursachen begründet. Die Baukünstler, welche im Mittelalter in Deutschland die Stilrichtung angaben, waren meist Italiener, Franzosen oder Spanier. Besonders die Bischöfe nahmen mit Vorliebe südländische Architekten. An Duzenden von Beispielen könnten wir das nachweisen. Wenn diese kunstfertigen Architekten zu den Bauten, welche sie auszuführen hatten, Marmor verwandten, so mußte dieser ohne weiteres aus dem Auslande bezogen werden. Die geologische Wissenschaft in Deutschland wurde erst unter Abraham Werner (1750—1817), welcher Professor an der Freiburger Bergakademie war, in die richtigen Bahnen geleitet. Bis dahin war man über den enormen Gesteinsreichtum in Deutschland sehr ungenügend informiert. Wenn also vor zirka 200 Jahren da und dort Marmorbrüche in Betrieb gesetzt wurden, so waren das reine Zufälligkeiten. Wir hatten vorher auf die südländischen Architekten hingewiesen. Da muß eingeschaltet werden,

daß diese auch die bestqualifizierten Bauarbeiter aus ihren Heimatländern mitbrachten, so insbesondere die Maurer und Steinmetzen, dergleichen auch die Bildhauer. War das Bauwerk vollendet, so zogen die fremden Gewerksleute wieder von bannen, und in Deutschland hatten die halbgebildeten Baubeflissenen die vorgefaßte Meinung, der Marmor könnte von den einheimischen Steinmetzen überhaupt nicht bearbeitet werden. Und so stellte man sich bei uns unter Marmor ein Gestein vor, welches nur vom Auslande bezogen werden kann, und dessen Bearbeitung unsere Steinmetzen ebenfalls nicht erlernen könnten. Diese naive Anschauungsweise hat sich nun erfreulicherweise bedeutend geändert. In nachfolgenden führen wir die bedeutendsten deutschen Marmorfundorte auf.

Die Nassauer Marmorarten gehören zu den bekanntesten in Deutschland. Weil sie so vielseitig Verwendung finden, so ist ohne weiteres anzunehmen, daß die Güte dieses Gesteins eine vorzügliche sein muß. Und in der Tat, wenn man die einzelnen Plättchen betrachtet, so wundert man sich, daß in Deutschland so verschiedenartig aussehende Sorten gewonnen werden. Die Nassauer Marmor gehören der Devonformation (Paläozoische Periode) an und enthalten sehr viele Versteinerungen, die sich im polierten Zustande wunderschön ausnehmen. Gerade diese Merkmale sind für die Geologen und Mineralogen äußerst interessant. Wir nennen folgende Variationen:

Grethenstein, graurot, teilweise mit ziemlich großen weißen Fäden besät.

Unica, breccienartiges Gestein, mit fleischrötlicher Tönung. Die Querschnitte der Versteinerungen haben teilweise ein achatsähnliches Aussehen.

Arfurt, korallenführend, die Tönung ist dunkelgrau, sie schiebt teilweise ins Mattschwarze über.

Bongard, mit weißen, grauen und schwarzen Partien. Die Grundfarbe schiebt aber ins Hellrote ein. Bei größeren Platten mag diese Abwechslung besonders schön wirken.

Jamasa, grau geadert mit breccienartigen Einsprenglingen. Eine Sorte weist sogar violettartige Farbe auf, die auch eine dementsprechende feine Wirkung hervorbringt.

Weiter seien noch folgende Sorten hervorgehoben: Castell, Rißel, Mariakath, Mühlberg, Seelbach und Langeneubach. Sie werden in der Umgebung von Wilmars an der Lahn gewonnen. Die Brüche betreibt die Firma Dyckerhoff u. Neumann, die in Wehlar das Hauptgeschäft unterhält. In den maschinell sehr gut eingerichteten Werkstätten werden äußerst tadellose Arbeiten hergestellt.

Sehr bemerkenswert sind die Marmorarten in der Gegend von Oberlahnstein. Es kommen folgende Varietäten in Betracht:

Rojizozazo, ein schön leuchtend rotes Material mit weißer Aderung und großer Polierfähigkeit. Die Wirkung größerer Flächen muß geradezu eine imponierende genannt werden. Und was auffällt, der Stein läßt sich sehr gut bearbeiten, die Kantentüftung wird äußerst scharf. Rojizozazo kann sehr leicht mit dem griechischen Marmor Rosso antico in Konkurrenz treten.

Estrelante hat einen grauen Grundton, die vielen muscheligen Einlagen erzeugen eine große Abwechslung an den polierten Flächen. Zu inneren Verkleidungen dürfte gerade diese Sorte sehr verwendbar sein. Sehr angenehm fallen die vielen Goldadern auf.

Borenir ist mit einer großen Farbenwirkung ausgestattet. Der Grundton darf als rötlich-grau bezeichnet werden, dabei nehmen sich die vielen grauweißen Einsprenglinge sehr nett aus. Das Gefüge ist geschlossen, ohne

Yener angeordnete Terrorismus, der den gewerkschaftlichen Zentralverbänden von den Christlichen zum Vorwurf gemacht wurde, durch alle geeigneten Mittel absetzende Organisationen zu der Gesamtorganisation heranzuziehen, hat bei den Christlichen praktische Betätigung gefunden. Der Verband der Eisenbahnhändler und der Verband der württembergischen Eisenbahner sind nunmehr nicht nur „undriftlich“ geworden, sondern es sind auch Gegenorganisationen gegründet, die der Gesamtverband aufgenommen hat. Es werden nunmehr für die Zukunft, wie es schon längst hätte geschehen sollen, nur die dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen als Christliche Gewerkschaften gezählt werden, wodurch sich die Ueberfrucht über die Gewerkschaftsbewegung wesentlich erleichtert. Der Gesamtverband kann über eine Mitgliederzunahme von 6232 berichten. Er hatte 1908 im Jahresdurchschnitt 264 519 und 1909 270 751 Mitglieder. Am Jahresabschluss 1909 waren 280 061 Mitglieder vorhanden, darunter 1861 Mitglieder des neugegründeten Verbandes württembergischer Eisenbahner. Diese sowie die 11 640 Mitglieder des Verbandes der Eisenbahnhändler werden nicht sämtlich neugewonnene, sondern zum Teil den früheren Christlichen Verbänden der gleichen Art entzogene Mitglieder sein. In den angeschlossenen Verbänden wurden 20 182 weibliche Mitglieder gezählt. Im Jahresdurchschnitt hatten 1909 Mitglieder: Bauarbeiter 34 418 (- 884), Bayerische Eisenbahner 27 955 (+ 1769), Bergarbeiter 78 619 (+ 3369), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 2916 (+ 43), Eisenbahnhändler und Arbeiter 8920 (+ 8920), Gärtner 733 (- 60), Graphisches Gewerbe 1454 (+ 57), Heimarbeiterrinnen 6529 (+ 714), Holzarbeiter 11 105 (+ 62), Kellner 1185 (+ 1185), Keramarbeiter und Steinarbeiter 5721 (- 329), Krankenpfleger 1366 (+ 22), Lederarbeiter 4043 (+ 140), Maler 3345 (- 16), Metallarbeiter 24 190 (- 2237), Nahrungsmittelindustrie 1212 (+ 343), Schneider 3390 (- 395), Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arbeiter 14498 (+ 226), Tabakarbeiter 5567 (+ 16), Telegraphenarbeiter 3322 (+ 585), Textilarbeiter 30 263 (- 7298).

Die Verbände hatten 1909 eine Jahreseinnahme von 4 612 920 Mk., eine Ausgabe von 3 843 504 Mk. und einen Kasseebestand von 5 365 338 Mk. Für Streik- und Gemahregelkostenunterstützung wurden 409 023 Mk., für Agitation 448 218 Mk., das Verbandsorgan 454 050 Mk., Reisende und Arbeitslose 195 536 Mk., Kranke 647 723 Mk., Rechtschutz 146 497 Mk. und an Sterbegeld 197 089 Mk. verausgabt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Arbeitsgelegenheit und Belegschaftsvermehrung im Ruhrkohlenbergbau. — Steigende Warenpreise und Warenherstellung. — Arbeitsmarkt und Beschäftigungsgrad.

Schon während der Krisenzeit um die Jahrhundertwende konnte man im Ruhrkohlenbergbau die Beobachtung machen, daß die Bewegung der Arbeitsgelegenheit und die der Belegschaftsziffer in scharfem, den Arbeitsmarkt schädigendem Gegensatz standen: die Belegschaftsziffer nahm unverhältnismäßig stärker zu als die Zahl der verfügbaren Schichten. Es wurden 1901 12 000 Arbeitskräfte neu eingestellt, obwohl rechnungsmäßig für sie keine Arbeitsgelegenheit vorhanden war. Auch im Jahre 1909 ist die Vermehrung der Belegschaften weit über den Bedarf hinaus erfolgt, wenn auch nicht im nämlichen Grade wie 1901. Wenn der durchschnittliche Jahreslohn für einen Bergarbeiter im Ruhrkohlenbergbau für das Jahr 1909 so stark zurückgegangen ist, so ist ein Teil dieses Ausfalls eben darauf zurückzuführen, daß eine Vermehrung der Arbeiter über den notwendigen Bedarf hinaus erfolgt ist. Die Abnahme des Lohnes betrug nach den Nachweisen der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft für den Arbeiter nicht weniger als 188.63 Mark. So ziemlich der Verdienst von anderthalb Monaten fiel gegenüber dem Jahre 1908 aus. Was es aber für einen Arbeiterhaushalt bedeutet, innerhalb eines Jahres bei hohen Lebensmittelpreisen mit einer zwölfprozentigen Reduzierung der Lohnsumme rechnen zu müssen, das braucht hier nicht gesagt zu werden. Wohl aber ist es nötig, darauf zu verweisen, wie ein solcher Lohnausfall, von dem eine Arbeiterschaft von 330 326 Köpfen ohne Angehörige getroffen wird, auf Handel und Wandel zurückwirkt muß. Das Wohneinkommen des Arbeiters geht in der Hauptsache alsbald, nachdem es eingekommen ist, in den Konsum über. Geht das Einkommen zurück, so wird weniger ausgegeben. Und zwar leidet am stärksten die Befriedigung der Bedürfnisse, die weniger unentbehrlich sind; sehr rasch wirkt z. B. eine Abnahme des Wohneinkommens auf die Ausgaben für die Bekleidung zurück. Kurz, die Lohnreduzierungen haben die Folge, daß die Arbeiterschichten weniger Ware kaufen und daß die Warenherstellung unter der geringeren Kaufkraft merklich leiden muß.

Diese Wirkung haben aber nicht nur Lohnrückfälle, sondern auch steigende Warenpreise bei stabilen Löhnen. Gerade gegenwärtig haben wir allen Anlaß, auf diesen Punkt besonders hinzuweisen. Das Thema der hohen Fleischpreise, das an dieser Stelle schon behandelt worden ist, muß auch daraufhin erörtert werden, wie die Steigerung des Nahrungsmittelverbrauches auf die Warenherstellung zurückwirkt. Es ist keine erfreuliche Wahrnehmung, daß das Preisniveau im Kleinhandel im Laufe des ersten Halbjahres 1910 hoch geblieben, ja zum Teil noch gestiegen ist, während das Niveau der Großhandelspreise vom ersten Monat 1910 ab bis zum Ende des ersten Halbjahres von Monat zu Monat eine sinkende Tendenz gezeigt hat. Im Monat Juli endlich hörte mit einem Male diese für den Konsum günstige Tendenz auf, und es trat eine plötzliche und heftige Preissteigerung

Anwendung von Rittmitteln kann eine ganz beachtenswerte Positiv erzielt werden.

Der Steinbruch, welcher vorstehende 3 Sorten liefert, befindet sich in Gaudernbach (Oberlahnkreis). Etwa 30 Morgen Land sollen sich zum Abbau eignen. Das Gesamtvorkommen muß als mäßig bezeichnet werden, und das ist für die Marmorgewinnung im allgemeinen die Hauptsache. Die besseren Sorten liegen in einer Tiefe von etwa 7 bis 8 Meter; Bohrversuche haben ergeben, daß die Mächtigkeit ca. 30 Meter beträgt. Die Abfuhrstation ist Schupbach an der Kerkerbachbahn. In Gaudernbach können Werkstücke gewonnen werden, welche die Ausmaße haben 4 Meter lang, 2 Meter breit und etwa 1,50 Meter hoch. Die Druckfestigkeit per Quadratcentimeter beträgt nach eingehenden Untersuchungen des Professors G a r y - Charlottenburg 1404 Kilogramm; für Marmor ein besonders günstiges Ergebnis. Zum erstenmal ist in hervorragender Weise der Gaudernbacher — man sagt auch Schupbacher Marmor, auf der Weltausstellung in St. Louis (Nordamerika) 1904 verwendet worden. Der „Steinbildhauer“ schrieb damals darüber folgendes:

„Nicht weniger als 59 Säle und Zimmer bilden die deutsche kunstgewerbliche Abteilung, und zwar schließen sich drei Räume und vier Cojen zu einem festlichen Mittelbau zusammen, um welchen sich die übrigen Räume gruppieren. Man gelangt zunächst in ein mit Bannern und schönen Wandbildern bemaltes Vestibül, das von den Räumen der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin und der Drivot-Gesellschaft Köln eingeschlossen wird. Vom Vestibül aus kommt man in die bis an das Dach reichende Halle, deren Dachgespärre in wirkungsvoller Weise mit einer durchbrochenen, reich in Gold und Blau ornamentierten Verschälung verkleidet ist. Von hier aus führen einige Stufen zu einem Ehrenhofe empor, der beiderseitig von Cojen eingeschlossen wird, die wie die Wände des

ein. Der Kleinhandel hat die Ermäßigungen in der Hauptsache nicht mitgemacht, wohl aber geht er augenblicklich mit Preissteigerungen vor. Es ist gar nicht daran zu denken, daß hierin noch eine Milderung eintritt, nachdem auch im Großhandel die Preise wieder nach oben zeigen. Bei steigendem Wohneinkommen können Preissteigerungen auf dem Warenmarkt überwunden werden, ohne daß die Zunahme des Konsums beeinträchtigt wird. Ja, in aufsteigender Konjunktur ist es auch möglich, daß bei stabilem Wohneinkommen relativ zu hohe Preise ohne Schädigung des Konsums ertragen werden können. Denn der Konsum dehnt sich schon durch den natürlichen Bevölkerungszuwachs ganz von selbst und durch den größeren Umfang der Arbeitsgelegenheit in extensiver Weise aus. Gerade hierin liegt auch diesmal die Möglichkeit, daß die gegenwärtige Preissteigerung für Nahrungsmittel überwunden wird, ohne daß die Zunahme des Konsums darunter zu verschwinden braucht. Aber das kann als feststehend bezeichnet werden: die Zunahme des Konsums erfolgt nur sehr langsam und unter Hemmungen, so daß der gewerbliche Beschäftigungsgrad nicht so angeregt wird, wie es der Fall wäre, wenn die Kaufkraft des Lohnes durch zu hohe Preise nicht beeinträchtigt wäre. Wenn im laufenden Jahre die wirtschaftliche Erholung nicht die erwarteten Fortschritte macht, so liegt die Ursache für diese mißliche Erscheinung zweifellos zu einem Teile darin begründet, daß der Konsum der Arbeiterbevölkerung nicht so zunehmen kann, wie es nötig wäre, um die Warenherstellung rascher ausleben zu lassen. Nicht umsonst sehen wir fast in allen Gewerben ein rasches Drängen der Arbeiterschaft nach höheren Löhnen. Trotz der Zunahme der Arbeitsgelegenheit und des dadurch schon steigenden Einkommens zeigt die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung nur eine minimale, teilweise überhaupt noch keine Besserung gegenüber dem Vorjahre, da eben die Kaufkraft des Geldes durch die Höhe der Kleinhandelspreise eine rückgängige Tendenz zeigt. Die Bewegung des Massenkonsums spielt aber für die Gestaltung der wirtschaftlichen Konjunktur eine viel wichtigere Rolle, als dies im allgemeinen von den Arbeitgebern erkannt und ausgegeben wird. Die Gefahr besteht also, daß bei den hohen Warenpreisen nicht nur die Ausdehnung des Massenkonsums, sondern auch der Beschäftigungsgrad in einer Reihe sehr wichtiger Gewerbe beeinträchtigt wird.

Glücklicherweise sind bis jetzt die nach aufwärts strebenden Kräfte des wirtschaftlichen Organismus so stark, daß die drohende Wolke sich noch verzehren kann. Arbeitsmarkt und Beschäftigungsgrad haben in den Monaten Juni und Juli sich besser entwickelt, als man zur Zeit der Bauarbeiterausperrung annehmen konnte. Freilich liegen die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden sehr verschieden. Neben solchen, wo die Besserung auffallend stark hervortritt, fehlt es auch nicht an manchen Gegenden, wo sich die Lage gegenüber 1909 sogar wieder verschlechtert hat. Immerhin überwiegt noch immer die Tendenz zur Besserung. Von den Herbstmonaten ist nun eine Stärkung dieser Tendenz sicher zu erwarten, wenn nicht neue Verschiebungen in den wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen eintreten. Wichtig ist vor allem die Gestaltung der herbstlichen Bauaktivität, sobald aber auch der Verkauf von Angebot und Nachfrage am Geldmarkt. Die Ansichten über die Entwicklung der Bauaktivität und des Geldmarktes gehen weit auseinander, aber zum mindesten liegt kein Grund vor, einer pessimistischen Auffassung zuzuneigen. So ernst die augenblickliche Situation ist, so darf doch nicht über den vielen Schattenseiten das glänzende Grundgerüst der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gesamtsituation vergessen werden: wir stehen inmitten einer langsamen und zögernden Erholungsperiode, die da und dort droht, aber trotz allem ist nicht nur die Erholung deutlich zu erkennen, sondern auch die Wirksamkeit der starken Auftriebskräfte, die ebenso vom Weltmarkt wie auch von unserem Inlandmarkt ausgehen. Man mag augenblicklich diese optimistische Auffassung vielleicht noch nicht teilen, aber die Zukunft wird ja lehren, ob unsere Beurteilung die richtige war oder nicht.

Berlin, am 28. August 1910. Rich. Calwer.

Husreden.

I.

Ueber den Indifferentismus, die Teilnahmlosigkeit der Arbeiterschaft bei der Wahrung und energischen Vertretung ihrer Klasseninteressen, wird mit Recht geklagt. Und bei vielen Arbeitern scheint dieser Indifferentismus schier unüberwindlich. Man mag sich noch so viele Mühe geben, sie für ihre Klassenlage zu interessieren, immer haben sie nur ein Achselzucken dafür übrig und begnügen sich höchstens noch damit, unter Anwendung einer nichtsagenden Redewendung ihre Teilnahmlosigkeit am öffentlichen Leben zu beschönigen.

So lange man einen solchen rauhbeinigen Gesellen über seine schlechte wirtschaftliche Lage unterhält, mag es noch angehen. Und bei besonders scharfpunktierten Wendungen während dieses Vortrages nicht er recht verständnisvoll mit dem Kopfe. Er erkennt an, daß der Arbeiterstand ein gedrückter ist und viel Unrecht in der Welt sei. Geht der Vortragende aber dazu über, dem Zuhörer verständlich zu machen, daß nur durch stramme Organisierung der Arbeitermassen dieses Unrecht beseitigt werden kann, dann wird das Gesicht des Zuhörers schon merklich länger. Und fordert man gar zum Schluß den Beitritt zur Organisation, dann kommt es zu besagtem bedauernden Achselzucken und jener Redewendung, die dem Vortragenden verrät, daß

Ehrenhofes von einem höchst farbenprächtigen grünblau getönten Marmor ausgekleidet sind. Manche Bericht-erstatter haben diesen herrlichen Marmor, da sie eine ähnliche Färbung früher nicht gesehen haben, als Kunstmarmor bezeichnet; oder sie behaupteten, der Marmor sei künstlich gefärbt. Die ungewöhnliche Farbenpracht dieses von der Firma G. Jö r i s s e n in Oberlahnstein gelieferten polierten nassauischen Marmors kann schon zu dieser Annahme verleiten. Das leicht zu bearbeitende Material, das in sehr verschiedenen Nuancen vorkommt, wird zum Teil in sehr großen Blöden gewonnen und ist unter den Namen Porvenir, Citrellante und Kojizonojo bekannt. Professor Bruno Möhring, der Architekt dieser Haupt-räume, ist ein großer Freund farbenreicher Innendekoration und er hätte in der Tat kein besseres Material gewinnen können, um die Besucher zu verblüffen. Er lieferte den Amerikanern, die sehr stolz auf ihren schönen bunten Marmor sind, den Beweis, daß man auch in Deutschland dergleichen findet, und daß unsre Architekten ihn zu benutzen wissen, sofern man ihnen dergleichen dankbare Aufgaben stellt!“

In Schupbach werden dann noch folgende zwei gangbare Sorten gewonnen:

Kaisergrau, kommt in 3 Farbenabstufungen in den Handel. Die Polierfähigkeit ist geradezu eine vorzügliche.

Rasovir, fleischfarbig mit gelblicher Einsprengung. Die Steinbrüche in Schupbach, die etwa 35 Morgen groß sind, werden von der Firma L a t s c h e r u. B a l z e r betrieben. Die durchschnittliche Abbauhöhe soll 30—35 Meter betragen. Im Jahre werden ca. 500 Kubikmeter Rohsteine verkauft. Die Jahresproduktion kann noch bedeutend gesteigert werden.

Sehr bedeutende Marmorbrüche weist auch Westfalen auf. Die gewonnenen Marmorarten lassen sich sehr gut

es noch vieler Arbeit bedarf, um endlich in diesen Dickhädel einzudringen.

Eine der beliebtesten Ausreden jener denz und taffaulen Arbeiter ist die Wendung, daß das ja alles gut und schön sei, und auch sie selbstverständlich erster Mann an der Spitze sein würden, aber so wie es nun einmal liege, habe es keinen Zweck. Ja, wenn sie alle so dächten wie sie! Aber die ändern! Die dächten nicht im Traume daran, sich organisieren zu wollen. Die ließen sich alles gefallen. Einer bieste sich immer billiger an als der andre. Und wenn nun auf diese Einwände erwidert wird, daß aber doch unter allen Umständen einmal ein Anfang gemacht werden müsse und durch langsame und zielsichere Agitation dennoch etwas getan werden könne, um die Köpfe so nach und nach zu revolutionieren und für die Arbeiterfrage zu gewinnen, dann erklärt der also Bombardierte zum Schluß, daß er sich die Sache erst noch überlegen wolle, später werde er Bescheid geben. Aber erst müsse er noch mit Schulze und Müller Rücksprache nehmen.

So war die Arbeit des Organisationswerbers wieder einmal umsonst. Denn das „Ueberlegen“ dauert in der Regel sehr lange. Er weiß aber auch Bescheid. Das, was der von ihm Bearbeitete da vorgebracht hatte, waren weiter nichts als Ausreden, um nur in der alten Denkfahigkeit, dem alten Singschlag zu verharren. Es erscheint eben vielen Arbeitern als ein idealer Zustand, so recht gedankenlos in den Tag hineinzuleben, sei es auch noch so kümmerlich, als sich in erstem Denken seine Lage zu betrachten und auf deren Verbesserung bedacht zu sein.

Ein indifferenten Arbeiter, der sich auf solche Weise vor seiner Organisationspflicht zu drücken sucht, ist aber noch nicht gerade der schlechteste. Er läßt doch immerhin mit sich reden und es dürfte mit der Zeit doch gelingen, ihn für seine Klassenlage so zu interessieren, daß er doch schließlich eines schönen Tages mal wirklich Ernst macht und sich organisiert. Dann ist das Spiel aber auch für unsre Bewegung so gut wie gewonnen. Denn nun setzt die nachhaltige und in genauer Periode sich wiederholende Agitation durch unser Verbandsorgan ein, es kommen systematisch der Aufklärung dienende Vorträge, und so wird denn das neugewonnene Mitglied immer mehr für unsre Ziele interessiert, so daß sich schließlich aus ihm ein recht brauchbares Mitglied unsrer Organisation entwickelt.

Es gibt aber außer solchen Leuten noch andre, die sich w e r e r für unsre gute Sache zu überzeugen und zu gewinnen sind. Das sind die Ueberschlauen. „Was brauche ich den Verband! Selbst ist der Mann! Man muß seine Sache selbst zu vertreten wissen!“ So schallt es dem Organisationswerber entgegen. Und doch versteckt sich hinter diesen bramarbasierenden Worten Leiden zu oft und wohl immer nur eine faule Ausrede. Solche großsprecherischen Helden sind in der Regel nichts weniger als Nachfahren des Freiheitskämpfers Wilhelm Tell, der ebenfalls sagte: „Der Starke ist am mächtigsten allein.“ Hinter ihren Ausreden versteckt sich zumeist nur der traffe Egoismus oder aber nackte Feigheit. Wohl haben sie den Zweck der Organisation begriffen, aber sie sagen sich, daß es ohne sie auch wohl gehen mag, dann sparen sie den Verbandsbeitrag und genießen ja doch die Früchte, die die ändern in mühevollen Kampfe erobert haben. Oder aber sie haben Angst, daß, wenn sie sich organisieren, es vielleicht „der Herr Chef“ erfahren könnte. Und der könnte es vielleicht übel vermerken. Darum bleibt der Bruder Rauhbein lieber unorganisiert, weil er aber gern nach außen als ein „Held“ erscheinen möchte, bramarbasiert er mit dem vermeintlichen Selbsttum des Einzelmenschen.

Andre erzählen wieder schlankweg, daß sie das Geld, das sie für ihre Verbandsangehörigkeit ausgeben müßten, sparen könnten. Und sie machen eine wunderschöne Rechnung auf, wieviel Geld sie auf diese Weise in einem oder gar zehn Jahren „ersparen“ und auf die hohe Kante legen.

Ein anderer erklärt wieder im Brustton tiefster Ueberzeugung, daß ihm der Verband nicht revolutionär genug sei. Und er erklärt feierlich, daß er „vollständig prinzipiell“ dagegen ist, der Organisation beizutreten. Das sind die echten Uebertummen. Ihnen geht das alles nicht schnell genug. Und sie erklären, daß es mit dem Zahlen und der Kleinarbeit in der Organisation nicht gemacht sei. Pos, drauf und dran, so müsse die Parole heißen. Bei einem beabsichtigten Streik erst zu überlegen, ob es wohl gehen mag und dann schließlich vor der kühnen Tat zurückzureden, weil vielleicht die Konjunktur nicht günstig genug oder gar, weil ein großer Teil der Arbeiter noch nicht organisiert ist, das sei Dummheit und Feigheit. Man müsse eben den Stier bei den Hörnern packen und festen Schrittes auf das Ziel losmarschieren! Dann werde der Kapitalismus auch zu Boden gedrückt und der schönste Sieg sei für die Arbeiterschaft mit einem Schlag errungen. So müsse es gemacht werden. Aber die heutige Taktik sei total falsch und wirke nur einschläfernd. Mit ihr habe man bisher so gut wie gar nichts erreicht.

So reden sich manche Arbeiter in ein vermeintliches Selbsttum hinein, berauschen sich an billigen Schlagworten und Phrasen, denn das kostet weder Mut noch sonst etwas. Und ihr Selbsttum in die Praxis umgesetzt würde sich höchstens zu einem zwecklosen und obendrein schädlichen Märtyrertum gestalten.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

polieren; die Profilierung scheint allerdings recht schwierig zu sein. Am gangbarsten sind nachstehende Sorten:

Goldader, mit einer enormen Druckfestigkeit, 1500 bis 1800 Kilogramm pro Quadratcentimeter. In der Praxis darf die Belastung natürlich nicht so hoch sein. Der Goldader-Marmor hat einen Stich ins Dunkelbraune, die goldähnlichen Adern, die sich häufig unter einem rechten Winkel kreuzen, vermögen größere Flächen recht lebhaft zu gestalten. Und was die Hauptsache ist, er kann in großen Dimensionen gebrochen werden. Blöcke von 5 bis 6 Meter Länge und beliebigen Breiten- und Höhenmaßen lassen sich jederzeit brechen. Im Jahre 1909 wurden 40 große Rohblöcke nach Neuporf geliefert, die dort zu Säulen verarbeitet wurden.

Poppenberg, rot, fleischfarbig, aber ziemlich unegal (Mitteldevonformation). Die Verarbeitung ist sehr schwierig.

Poppenberg, grün. Seine Tönung ist eigentlich mattgrün, die größeren Fleckenpartien weisen mehr das saftige Wiesengrün auf. Im Gegensatz zum Poppenberg rot, sehr geschlossen.

Meßlinghäuser, rot, sehr kompakt, leicht zu bearbeiten. Für innere Kirchenbauarbeiten besonders geeignet.

Alma, gelbgrau mit reich durchsetzter quarzähnlicher Naderung.

Vorgenannte Marmorarten haben an einigen hervorragenden Bauten der Provinzen Rheinland und Westfalen reichliche Verwendung gefunden. Die Steinbrüche werden von der Firma G. D a s s e l in Alagen betrieben. Der ergiebigste Fundort ist der zu Grevendrick. Soweit uns ans unster früherem praktischer Steinmetztätigkeit erinnerlich ist, wird im Hauptwerk Alagen auch sehr viel ausländischer Marmor verarbeitet.